

Überblick

1/2013

“Solingen”

Realitäten und Kontinuitäten

- ▶ **Der Brandanschlag von Solingen**
- ▶ **BrandSätze und SchlagZeilen.
Rassismus in den Medien**
- ▶ **Seit 20 Jahren aufgewühlt.
Ein persönlicher Rückblick**
- ▶ **Kampf gegen Asyl-, Freizügigkeits- bzw.
Sozialhilfemissbrauch als Ausdruck von
Antiziganismus?**



Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums
für Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen
19. Jg., Nr. 1, März 2013
ISSN 1611-9703

Inhalt	
„Solingen“ Realitäten und Kontinuitäten	3
- Der Brandanschlag auf das Haus der Familie Genç Anne Broden	3
- BrandSätze und SchlagZeilen. Rassismus in den Medien Margarete Jäger	4
- Seit 20 Jahren aufgewühlt. Ein persönlicher Rückblick Eva Thomas	9
- Kampf gegen Asyl-, Freizügigkeits- bzw. Sozialhilfemissbrauch als Aus- druck von Antiziganismus? Thomas Hohlfeld	13
Termine	16
Literatur und Materialien	17

Impressum	
<p>Der <i>Überblick</i> erscheint vierteljährlich, ist kostenlos und wird herausgegeben vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit in NRW (IDA-NRW), Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55-5, Fax: 02 11 / 15 92 55-69, Info@IDA-NRW.de www.IDA-NRW.de Redaktion: Anne Broden</p> <p>Der <i>Überblick</i> und IDA-NRW werden gefördert durch das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen. IDA-NRW ist angegliedert an das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit e. V.</p> <p>Einsendeschluss von Nachrichten und Veranstaltungshinweisen für 2/2013: 01.06.2013.</p>	

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

„Dummheit kann man nicht verbieten“, meinte der FDP-Vorsitzende und Vizekanzler Philipp Rösler dieser Tage im Rahmen der Debatten um ein mögliches NPD-Verbot. Nun ist diese Aussage analytisch nicht nur zu kurz gegriffen, sie kommt vielmehr einer Verharmlosung der Rechtsextremen und einer Verhöhnung ihrer Opfer gleich. Wenn die Rechten nur dumm wären, hätten wir weniger Probleme mit ihnen. Leider aber gibt es auch gebildete, intelligente, strategisch versierte Rechte. Doch die Einschätzungen bzgl. ihrer Dummheit oder Intelligenz geben noch keine hinreichenden Antworten auf die aktuelle(n) Verbotsdebatte(n).

In den vergangenen Monaten gab es gerade im Land NRW zahlreiche Verbote, sowohl der „Nationale Widerstand“ (NW) Dortmund als auch die „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) wurden im letzten Sommer von NRW-Innenminister Ralf Jäger verboten. Auch zahlreiche Razzien, das Gerichtsverfahren gegen das „Aktionsbüro Mittelrhein“ sowie der vermeintliche Ausstieg aus der Szene von Axel Reitz haben zumindest kurzfristig für Verunsicherung gesorgt und die Infrastruktur der einzelnen Organisationen ist zumindest vorübergehend eingeschränkt (gewesen). Aber wird dies die Rechten daran hindern, neue Strukturen aufzubauen? Der „Antikriegstag“ konnte nur aufgrund des unmittelbar zuvor bekannt gegebenen Verbotes des NW gekippt werden, denn der Anmelder der Kundgebung war als Vertreter einer somit verbotenen Vereinigung aufgetreten. Damit jedoch sind keineswegs zukünftige Aufmärsche verhindert. Die Absage des „Antikriegstages“ wurde zwar als großer Sieg der Demokratie gefeiert. Doch das ist wohl eher als ein Preisen der Handlungskompetenz und der Durchschlagskraft des zuständigen Ministers zu interpretieren – keine grundsätzlich falsche Botschaft angesichts des systematischen Versagens der zuständigen Behörden im Fall der NSU-Morde.

Was wird mit Verboten dauerhaft erreicht? Einige Rechte werden sich zurückziehen, andere werden sie ersetzen, neue Szenen und Kameradschaften werden entstehen. „Bisher haben Repression und Verbote gegen Rechts zwar stets Veränderungen, nie jedoch den Zusammenbruch von neonazistischen Strukturen ausgelöst“, so Barbara Manthe in der Zeitschrift „Der Rechten Rand“. Und dies gilt wohl auch für ein mögliches Verbot der NPD. Wir sehen uns also wieder in Dortmund, Wuppertal, Köln oder Aachen, wenn es gilt, den nächsten rechten Aufmarsch zu blockieren oder anderweitig gegen Rechts aktiv zu werden.

Herzliche Grüße, Anne Broden

„Solingen“

Realitäten und Kontinuitäten

Der Anschlag auf das Haus der Familie Genç am 29. Mai 1993 gilt als der traurige Höhepunkt der rassistischen Gewalt in Deutschland zu Beginn der 1990er Jahre. Anlässlich des 20. Jahrestages dieses Brandanschlags erinnern wir im ersten Beitrag an die Opfer und versuchen, die rassistisch motivierte Gewalt politisch einzuordnen. Im zweiten Artikel werden die damaligen rassistisch aufgeladenen Mediendiskurse um Migration und Asyl problematisiert. Ein persönlicher Rückblick beleuchtet danach die Empfindungen einer Solingerin sowie die Reaktionen der politisch Verantwortlichen und der zivilgesellschaftlichen Akteure in der Stadt. Der letzte Beitrag problematisiert den aktuellen Antiziganismus und verweist damit auf problematische Kontinuitäten im Migrationsdiskurs.

Der Brandanschlag auf das Haus der Familie Genç

Anne Broden

Die Opfer

Saime Genç (4), Hülya Genç (9), Gülüstan Öztürk (12), Hatice Genç (18) und Gürsün İnce (27) kamen am 29. Mai 1993 durch den Brandanschlag auf das Haus ihrer Familie ums Leben. Hülya, Gülüstan und Hatice verbrannten, Saime und Gürsün erlagen ihren Verletzungen nach einem Sprung aus dem Fenster. Es waren die Töchter, Enkelinnen und Nichte von Mevlüde und Durmuş Genç, die in den 1970er Jahren mit drei ihrer Kinder aus Mercimek in der Türkei nach Deutschland emigriert waren, in Solingen zwei weitere Kinder zur Welt brachten und hier längst ihren Lebensmittelpunkt gefunden hatten. Die Nichte Gülüstan war gerade zu Besuch bei ihrer Familie in Deutschland, als sie das Opfer des rechtsextremen Anschlags wurde. Die ermordeten Mädchen und Frauen wurden auf Wunsch der Familie in Mercimek beerdigt. Das Haus der Familie Genç wurde abgerissen, heute ist es eine Baulücke in der Unteren Wernerstraße, dem Ort des Anschlags. Fünf Kastanien wurden zur Erinnerung an die Opfer dort gepflanzt, ein kleines Schild erinnert an den Brandanschlag.

Die Tat

Christian B. (20), Markus G. (23), Felix K. (16) und Christian R. (16) waren an jenem Abend allein bzw. zu dritt unterwegs, sie trafen sich spät abends, alle gehörten einer rechten Jugendszene an und waren zu diesem Zeitpunkt alkoholisiert. Drei von ihnen waren zuvor bei einem Polterabend in einer Gaststätte von zwei Männern raus-

geworfen worden, die von den Dreien als „Türken“ identifiziert wurden. Als nun der Vierte dazu stieß, war sich die Gruppe schnell einig, dass sie sich rächen wollte. Das nahe gelegene Haus der Familie Genç wurde ausgewählt, denn es war den vier jungen Männern bekannt, dass es von einer türkeistämmigen Familie bewohnt wurde. Die jungen Männer besorgten an einer Tankstelle Benzin, schütteten es im Windfang des Hauses aus und zündeten es an. Sie verschwanden und kurze Zeit später sind fünf Mädchen und Frauen tot.

Der gesellschaftliche Kontext

Eine Zufallstat? „Feierabendterrorismus“? Ein eskalierter Dumme-Jungen-Streich, der auf Alkoholismus zurückzuführen war?

Mitnichten. Solingen war der traurige Höhepunkt einer langen Liste von Anschlägen, Übergriffen und Pogromen, die zu Beginn der 1990er Jahre das gesellschaftliche Klima prägten. Hoyerswerda (September 1991), Hünxe (Oktober 1991), Rostock-Lichtenhagen (August 1992), Mölln (November 1992) und Solingen (Mai 1993) stehen für die bekanntesten Pogrome und Anschläge dieser Jahre, befördert von rassistisch aufgeladenen Diskursen um Migration und Asyl (s. auch Beitrag von Margret Jäger), die u. a. in der faktischen Abschaffung der liberalen Asylgesetzgebung mündeten. Stammtische, zahlreiche Medien und Teile der politisch Verantwortlichen bedienten das Bild des angeblich „vollen Bootes“. Nicht von ungefähr beschrieben verschiedene Kommentator_innen den mörderischen Anschlag von Solingen als Konsequenz dieser rassistischen Diskurse. Während die etablierten Parteien mit einer Politik der Abschreckung durch menschenunwürdige Asylverfahren, Drittstaatenregelung und Asylbewerberleistungsgesetz die Zahl der nach Deutschland Fliehenden zu senken suchten, taten dies die Rechten mit Morden und Pogromen. Sie sahen sich als Vollstrecker des „Volkswillens“.

Die Morde haben Zorn, Ohnmacht, Widerspruch und Solidaritätsbekundungen hervorgerufen. Aber die Angehörigen der Opfer wurden auch als geldgierig diskreditiert und ihnen wurden mafiose Kontakte unterstellt: Mevlüde und Durmuş Genç leben heute mit ihrem Sohn Bekir, der bei dem Anschlag schwere Verbrennungen erlitt und zahlreiche Operationen über sich ergehen lassen musste, in einem Haus, das mit Überwachungskamera und einer Mauer versehen ist, um der Familie ein Minimum an Sicherheit zu geben. Weil das Haus von der Straße schlecht einsehbar ist, halten sich hartnäckige Verschwörungstheorien: Der Bürgermeister der Stadt Solingen habe der Familie einen Palast mit Schwimmbad hingesetzt und Mevlüde Genç würde im Supermarkt umsonst einkaufen, erzählten Passant_innen den Reporter_innen der Süddeutschen Zeitung noch zehn Jahre nach dem Brandanschlag. Und obwohl die vier Brandstifter 1995 zu langen Haftstrafen verurteilt wur-

den, berichtete eine Nachbarin aus der Unteren Wernerstraße noch Jahre später – völlig unberührt von allen polizeilichen und gerichtlichen Erkenntnissen –, dass kein Rechtsextremer und auch kein Deutscher mit dem Brandanschlag etwas zu tun gehabt hätte, vielmehr hätte es sich um eine Schutzgelderpressung gehandelt, auf die die Familie Genç nicht eingegangen wäre. Darüber hinaus berichtete die Dame, dass Mevlüde Genç in der Nacht des Anschlags vor dem brennenden Haus gestanden und „mein Geld, mein Gold!“ gerufen hätte. Ihren Sohn Bekir hätte sie in das Haus geschickt, um ihre Reichtümer zu retten, so die Information der Dame, die im Gespräch mit dem Tagesspiegel einräumte, in der Nacht des Anschlags gar nicht dabei gewesen zu sein.

Der in diesen Äußerungen zutage tretende Sozialneid, die Verleumdungen, die Opfer-Täter-Umkehr, so wissen wir heute, waren und sind keine Einzelfälle. Auch Opfer und Angehörige des sog. NSU wurden als geldgierig, als Dealer und als in kriminelle Machenschaften verstrickt diskreditiert. Wie die Opfer des sog. NSU wurde auch Mevlüde Genç als am Leid ihres Sohnes mitverantwortlich verleumdet. Sie muss eine außergewöhnliche Frau sein: Sie hat fünf ihrer Familienangehörigen verloren und besitzt die Kraft, im Gegensatz zu den neidvollen und rassistisch aufgeladenen Äußerungen immer wieder zur Versöhnung aufzuruhen.

Autorin

Anne Broden ist Leiterin des IDA-NRW.

BrandSätze und SchlagZeilen. Rassismus in den Medien

Margarete Jäger

In der Diskussion um die Ursachen für den in Deutschland um sich greifenden Rassismus werden viele Faktoren genannt. Auch die Medien sind in diesem Zusammenhang teilweise heftig kritisiert worden. Dabei wurde und wird ihnen auf unterschiedliche Weise eine Mitverantwortung für eine rassistische Stimmung attestiert, die sich häufig unterschwellig, doch in bestimmten Konstellationen auch offen und gewalttätig, Ausdruck verschafft. Natürlich sind dafür nicht allein die Medien verantwortlich zu machen, auch andere Institutionen tragen dazu bei, insofern sie rassistisches Wissen produzieren und reproduzieren. Doch als zentrale diskursive Vermittlungsinstanz haben Medien hier eine bedeutende Funktion.

Diese Funktion trat in Verbindung mit der so genannten Asyl-Debatte Anfang der 1990er Jahre besonders deutlich hervor. Sie hat die eigenständigen Wirkungen, die vom medienpolitischen Dis-

kurs ausgehen, sichtbar werden lassen. Es zeigte sich, dass die gängige Auffassung, Medien würden ja nur das wiedergeben, was in der Realität geschehe, zu kurz greift. Als Produzent und Lieferant von Handlungsvorgaben tragen sie vielmehr zur Subjektbildung und -formierung der Individuen erheblich bei (vgl. Link 1992).

Der Brandanschlag von Solingen am 29. Mai 1993, bei dem fünf Einwanderinnen starben, markierte dabei einen Höhepunkt rassistisch motivierter Gewalt in Deutschland, dem eine emotional aufgeladene Debatte um das Asylrecht vorausgegangen war. In dieser Debatte haben Politik und Medien Deutschland in einen Zustand von Denormalität versetzt, der danach verlangte, abgestellt zu werden. Dabei ist daran zu erinnern, dass Solingen bereits Gewaltexzesse z. B. in Hoyerswerda, Mölln und Rostock-Lichtenhagen vorangegangen waren und auch, dass die rassistische Gewalt danach keineswegs zu einem Ende kam.

Die folgende Analyse des damaligen Mediendiskurses kann und soll zeigen, auf welche Weise die Medien damals zur Eskalation der Gewalt beigetragen haben. Es handelt sich dabei um die gekürzte und aktualisierte Fassung eines Beitrags, den ich auf einer Tagung der Friedrich Ebert Stiftung, die am 22./23. März 1993, also vor dem Solinger Brandanschlag, stattfand, vorgetragen habe.¹ Sie zeigt, dass Diskurse keineswegs nur Schall und Rauch sind – auch 20 Jahre nach Solingen.

Flüchtlinge und Einwanderer im Mediendiskurs von Deutschland

Bereits seit den späten 1970er und frühen 1980er Jahren geistert eine neue Bezeichnung für Flüchtlinge durch fast alle Medien: die „Asylanten“. Mit diesem Terminus werden vornehmlich bis ausschließlich nur solche Flüchtlinge bezeichnet, die aus Ländern der Dritten Welt zu uns kommen, während für solche aus Osteuropa weiterhin der Begriff „Flüchtling“ angewendet wird. Durch diese Terminologie wird eine Aufspaltung in gute, berechnete Flüchtlinge und schlechte, nicht berechnete Flüchtlinge vorgenommen. Flüchtlinge sind politisch Verfolgte, „Asylanten“ sind dagegen die Massen, die uns bedrängen, die mit dem Grundgesetz Missbrauch treiben.² Der SPIEGEL hat diese unterschiedlichen Zuschreibungen in seiner Titelstory vom 9.9.1991 (Nr. 37) prägnant ausgeführt. Dort heißt es in negativer Steigerung: „Flüchtlinge, Aussiedler, Asylanten – Ansturm der Armen“.

Dabei ist von Bedeutung, dass hier ein soziales Problem aufgespalten und die eine Seite ausge-

¹ Vgl. Jäger 1993

² Es muss daran erinnert werden, dass diese Aufspaltung in der damaligen Zeit auch auf die Systemkonfrontation zwischen Ost und West verweist. Im Osten waren die Flüchtlinge ‚natürlich‘ politisch verfolgt.

grenzt wird.³ Mit dieser Begriffsaufspaltung wird eine Hierarchisierung von Flüchtlingen vorgenommen. So wird z. B. in der angesprochenen SPIEGEL-Story der Terminus „Asylanten“ an der Stelle eingesetzt, wo Zweifel an den Fluchtursachen angemeldet werden. Dies erklärt auch, weshalb die Verbindung von Asylant und „Schein-Asylant“ sich so griffig einführen ließ.

Der Begriff „Asylant“ wird dabei in Verbindung mit anderen Symbolen eingesetzt, die als Kollektivsymbole erhebliche ausgrenzende Effekte erzielen. Unter Kollektivsymbolen sind „kulturelle Stereotypen (zu verstehen) ..., die kollektiv tradiert und benutzt werden“. (Drews/Gerhard/Link 1985, 265). Sie sind für jeden sofort verständlich und vor allem bilden sie in ihrer Gesamtheit ein System, das Jürgen Link eine „Applikationsmaschine“ nennt, mit deren Hilfe diskursive Ereignisse codiert und generiert werden (vgl. Link 1992).

So vollzieht sich die symbolische Besetzung der Bereiche „Innen“ und „Außen“ über unterschiedliche Symbolserien. Während die Innenwelt, mit der symbolisch der Westen, aber auch nur Deutschland gemeint sein kann, zum Beispiel oft als Flugzeug, als Auto, als Schiff oder Haus symbolisiert wird, gelten für die Außenwelt Symbole wie etwa Ungeziefer, Stürme, Fluten, Gifte etc. Zwischen diesen Symbolserien besteht jedoch ein entscheidender Unterschied: Während das eigene System mit Symbolen besetzt wird, die lenkbar sind und/oder Subjektstatus haben, gilt dies nicht für das Außen. Die dafür eingesetzten Symbole stehen für Krankheit und Chaos (Link 1991).

Gerade an der Debatte über Flüchtlinge, die seit Jahren in den Medien geführt wird, lässt sich nachvollziehen, wie durch den Einsatz und den Gebrauch solcher Kollektivsymbole in der Bevölkerung ein Bedrohungsgefühl entstanden ist, das geradezu danach verlangt, eine Gefahr abzuwehren und nun endlich – möglicherweise auch gewaltsam – dagegen vorzugehen.

Die Flut-Symbolik ist hier ganz besonders häufig anzutreffen. Fast überall ist von einer „Asylantenflut“ oder vom „Flüchtlingsstrom“ die Rede, die es „einzudämmen“ gelte. Da ist von „brechenden Dämmen“ zu lesen, von der Gefahr, Deutschland werde von Flüchtlingen „überflutet“.

Damit wird aber gleichzeitig auch eine Handlungsanweisung angesprochen, die da heißt: Das Boot ist voll, die Schotten müssen dichtgemacht werden. Die eingesetzte Symbolik legt gleichsam bestimmte Haltungen und Verhaltensweisen nahe.

Daraus kommen auch diejenigen nicht heraus, die mit der gleichen Symbolik gegen solche Abschottungen argumentieren, indem sie sagen: „Das Boot ist noch nicht voll.“ Diese Argumentation greift zu kurz. Die WELT z. B. begegnet solchen Auffassungen in einem Artikel vom 10.8.1991 auf folgende Weise: „Natürlich ist rechnerisch ‚das Boot noch lange nicht voll‘. Wir sind, gemessen am Gros der anderen, immer noch ein reiches Land. Aber Chaos und Panik können auch ein halbvolles Boot zum Kentern bringen.“

Will sagen: Normalerweise gehen halbvolle Boote ja nicht unter. Wenn sie jedoch chaotischen Verhältnissen ausgesetzt sind, gibt es keine klaren Gesetzmäßigkeiten mehr, dann können sie trotzdem absaufen.

Doch die Flüchtlingsdebatte in Deutschland wird nicht nur mit der Flut- und Boot-Metaphorik in den Medien geführt. Hinzu kommen militärische Symbole. Die Berichte und Kommentare erinnern oftmals an Kriegsberichterstattung. Diese Assoziation taucht etwa dann auf, wenn die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) z. B. einen Artikel mit der Überschrift aufmacht: „Flüchtlinge sammeln sich an den Grenzen Westeuropas.“ (8.8.1991) Andere berichten über die „Abwehr illegaler Einwanderer“ und dass sich die „Lage an den Ostgrenzen verschärft“ habe (WELT vom 3./4.8.1991). Da ist im Zusammenhang mit Flüchtlingen von der „Einfallsroute“ und vom „Hinterland“ die Rede, (FRANKFURTER RUNDSCHAU), von der Forderung „Soldaten an die Grenzen ... um den Ansturm abzuwehren“ (SPIEGEL). Maßnahmen, mit denen weitere Einwanderung verhindert werden sollen, werden als „Rückschlag“ (WAZ) bezeichnet, zu dem die Europäische Gemeinschaft sich angesichts der zunehmenden Flüchtlingszahlen gezwungen sähe.

Auch in Schaubildern wird dieser Zusammenhang nahe gelegt. Zur Verdeutlichung von Wanderungsbewegungen werden z. B. in Grafiken auf Deutschland weisende Stoßkeile als Symbole verwendet, die Flüchtlinge und Einwanderer zur militärischen Bedrohung werden lassen, zur feindlichen Armee, die die Bundesrepublik bzw. Westeuropa belagert. Dazu passt auch das Symbol der „Bombe“: „Noch mehr Asylanten in einer Stadt – ein Sprengsatz“ so ist es im SPIEGEL nachzulesen (Nr. 30/91 vom 30.9.1991).

Eine weitere Verknüpfung wird vorgenommen, wenn Flüchtlinge und Einwanderer in den Zusammenhang von Schleppern und Schleusern gestellt werden. Die Einreise von Flüchtlingen stellt sich auf diese Weise dar wie das Einschleppen gefährlicher Krankheiten.

Diese Beispiele zeigen, dass die verschiedenen Symbole nicht isoliert von einander funktionieren, sondern in einem Zusammenhang stehen. Es wird insgesamt ein Bild entworfen, das Deutschland in absoluter Bedrohung zeigt. Es wird eine existenzielle Situation heraufbeschworen, die gerade

³ Dies kann sich auch deshalb vollziehen, weil das Wort „Asylant“ mit seiner Endung „-ant“ bei der deutschen Bevölkerung negativ konnotiert ist. Wir können feststellen, dass Worte, die mit dieser Endung abschließen, im umgangssprachlichen Bereich fast ausnahmslos negative Bilder hervorrufen. Asylant – das erinnert an Querulant, Simulant, Sympathisant und dergleichen. Menschen, die so bezeichnet werden, werden als in die Nähe von Tieren und Ungeziefer gestellt wahrgenommen. Vgl. Link 1988

nach Handlungsbedarf schreit. Und genau hier ist das Moment auszumachen, wo die Medien mit dazu beitragen, bei den Menschen im Lande Handlungsbereitschaften auch zur Gewalt zu erzeugen bzw. diese Gewalt zu akzeptieren.⁴

Wichtig aber ist, dass sich diese Notwehrsituation allein aufgrund der bildlichen Logik der Symbole ergibt. Die gewalttätigen Gruppen, die angesichts dieser Formulierungen in den Medien zur Tat schritten, müssen sich durch die Berichterstattung und Einschätzungen der Medien (und Politiker) dazu geradezu aufgefordert fühlen. Das erklärt auch mit, warum die Täter von Hoyerswerda, Hünxe, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und anderswo ihre Taten auch damit rechtfertigten, sie seien nur die Vollzieher dessen, was der größte Teil der Bevölkerung will und wozu sich die Politiker nicht trauen.⁵

Ein besonders eklatantes Beispiel dafür, wie solche Handlungsbereitschaften produziert werden, lässt sich an einer Kampagne der BILD-Zeitung aus dem Herbst 1991 zeigen. Sie startete bundesweit eine Kampagne gegen Flüchtlinge im Ruhrgebiet unter dem Titel: „Asylanten im Ruhrgebiet – Wer soll das bezahlen?“ (Vgl. dazu ausführlich Quinkert/Jäger 1992) Als Einstimmung auf diese Serie kann dabei ihr Aufmacher vom 5. September 1991 angesehen werden. Drei große Überschriften bestimmen das Titelblatt: Blutschande, Asylanten, Miethaie. Durch das in allen drei Balkenüberschriften auftauchende Wort „Endlich“ wird eine Verbindung zwischen diesen Überschriften hergestellt. Dies wird noch einmal dadurch unterstrichen, dass diese Wörter in roter Schrift gesetzt sind.

BILD bringt hier Flüchtlinge in einen Zusammenhang mit Blutschande und Miethaien. Sie werden gleichsam von diesen beiden Problemfeldern in die Zange genommen. Dabei stellt der Begriff „Blutschande“ zusätzlich Assoziationen zum Nationalsozialismus her. Bei den Lesern soll ankommen: So genannte „Asylanten“ schänden unsere Kinder und erzeugen Wohnungsnot – das ist die Botschaft, die grafisch durch das dreifache Wörtchen „endlich“ vermittelt wird.

Der erste Artikel der insgesamt 11-teiligen Serie erschien am 16. September 1991. Er enthält drei Bilder, die den Eindruck vermitteln, Flüchtlinge lebten in Deutschland im Luxus. Eine Bildunterschrift lautet etwa: „Video, Fernseher, Stereoanlage – alles da. Mohammeds Freund Sivo (25) arbeitet in einer Papierfirma, kann sich ein Auto leisten.“

⁴ Vgl. dazu auch die Analyse von Ute Gerhard. Vgl. Gerhard 1992

⁵ Der enorme Einfluss der Medien wird auch durch eine Studie bestätigt, die den Alltagsdiskurs über Einwanderer und Flüchtlinge in der Bundesrepublik zum Gegenstand hat und 1992 unter dem Titel BrandSätze veröffentlicht wurde. Vgl. Jäger 1992

Der Artikel selbst hat keine eigene Überschrift. Wer sich neben den Bildern oberflächlich orientieren will, bleibt deshalb bei den Zwischenüberschriften hängen. Sie lauten „Nur jeder 13. ist politisch verfolgt.“ „Vier Quadratmeter: Ist das menschenwürdig?“ „Zauberwort Asyl – schon gibt's Bett und Geld.“⁶ Die letzte Zwischenüberschrift lautet: „Wir können nicht alle Probleme der Welt lösen“ – das krönende Fazit.

Im Grunde ist die Botschaft damit bereits verkündet: Wir haben es Deutschland mit „Scheinasylanten“ zu tun, die „uns“ etwas wegnehmen. Denen geht's möglicherweise schlecht, doch wir können ihnen nicht helfen. Auch für diejenigen, die möglicherweise humanistische Skrupel haben, halten sie ein Argument parat: Wir können ihnen keine menschenwürdigen Unterkünfte geben. Also sollen sie doch bitteschön da bleiben, wo sie diese auch nicht haben.

Die Story selbst ist schnell erzählt. Der Flüchtling aus Sri Lanka mit dem bezeichnenden Namen Mohammed wohnt in einer Zechensiedlung, lebt von Sozialhilfe und besitzt den bereits ins Bild gesetzten Fernseher, die Stereoanlage usw. „alles da!“ Und das bei 400,- DM Sozialhilfe im Monat. Mohammed ist ganz offensichtlich ein zu Recht abgelehnter Flüchtling, der nur deshalb in der BRD ist, weil es ihm hier so gut geht und nicht etwa deshalb, weil es ihm in seiner Heimat schlecht ergeht. Damit er nach Ende des Bürgerkriegs in Sri Lanka nicht abgeschoben werden kann, ist er auf der Suche nach einer deutschen Frau.⁷

Nach dieser Eingangsstory werden nun die bekannten Argumente heruntergespult: Die Flüchtlinge kosten Geld und sind gar nicht verfolgt. Besonders am Herzen scheint BILD die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge zu liegen, sie zitieren die Sprecher verschiedener Städte, die bestätigen, dass eine menschenwürdige Unterbringung nicht mehr gewährleistet sei. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: „Das Boot ist voll.“ So ein Sprecher der Düsseldorfer Sozialministeriums, und er sagt weiter: „Was wächst, ist die Ablehnung der Bevölkerung.“ Denn es würden kaum Flüchtlinge abgeschoben, im Gegenteil: „Wer das Zauberwort Asyl sagt, hat ... einen gesetzlichen Anspruch auf Sozialhilfe, kostenlose ärztliche Hilfe und ein Dach über dem Kopf.“ Dazu würden die Flüchtlinge sogar in Hotels untergebracht, wodurch den Städten enorme Kosten ent-

⁶ Es zeigt sich später, dass der Hinweis auf das Bett, das jedem Flüchtling zur Verfügung steht, nicht zufällig erfolgt. Sie ist als eine Anspielung darauf zu verstehen, dass Flüchtlinge den deutschen Männern ihre Frauen streitig machen können.

⁷ Nebenbei fließt hier auch noch ein sexistisches Argument ein: Die Flüchtlinge sind nicht nur auf ‚unser‘ Geld scharf, sie sind auch scharf auf ‚unsere‘ Frauen. Dabei kann diese Diffamierung nur dann fangen, wenn der Leser der BILD entweder ein Mann ist und/oder er die Angst der deutschen Männer vor potenten ausländischen Konkurrenten um ‚ihre‘ Frauen verständig findet.

stehen, die für Kindergärten, Krankenhäuser und Wohnungen dringend gebraucht würden.

Interessant ist, dass immer wieder auch Gegenargumente eingestreut werden, die im nächsten Satz dann widerlegt werden. Angeblich trauntänzerischen Positionen wie „Koste es, was es wolle!“ wird mit der bescheidenen Haltung begegnet: „Wir können die Problem dieser Welt nicht alle bei uns lösen.“

Am nächsten Tag erscheint die zweite Folge der Serie, in der dann der Versuch eines illegal eingewanderten Rumänen geschildert wird, in der BRD Fuß zu fassen. Auch hier erfolgt zunächst eine Einzelfallschilderung, die dann verallgemeinert wird.

Eine Steigerung erfährt die Kampagne in seiner dritten Folge, in der direkte Gewaltanwendung gegenüber Flüchtlingen suggeriert wird. Ein Foto mit martialisch auftretenden deutschen Sportlern, die gewillt sind, notfalls ihre Sporthalle zu blockieren, sollten dort Flüchtlinge untergebracht werden, richtet das Augenmerk der Leser auf notwendig werdende Gegenwehr der Bürger. Unterstrichen wird dies durch ein Foto, auf dem zwei Frauen mit einer Waffe abgebildet sind, die sie auf die Leser richten. Darunter steht: „Aus Vorsicht wurden die Verkäuferinnen vom ‚US-Verkauf‘ mit Gaspistolen ausgerüstet. ‚Bei uns wurde schon am hellen Tag eingebrochen‘“. Dieses Bild evoziert die folgenden Gedanken: Flüchtlinge gefährden ‚unsere‘ Frauen. Flüchtlinge sind kriminell. Man muss sich bewaffnen.

Und zu alledem äußert sich der ehemalige SPD-Bürgermeister von Datteln, Horst Niggemeier: „Wir sind so voll, wir können nicht einmal einer afrikanischen Ameise Asyl gewähren.“ Der Vergleich von Flüchtlingen mit Ameisen, die ja meist in Scharen auftauchen, ist bezeichnend und funktioniert im oben beschriebenen Sinne.

Vor diesem Hintergrund muss es zynisch klingen, wenn nach den Brandanschlägen in Hoyerswerda und Hünxe die gleiche BILD-Zeitung scheinheilig fragt: „Warum dieser Hass in Hoyerswerda?“ Und auch nach Rostock-Lichtenhagen brachte BILD zunächst eine Schlagzeile, die von Schande für Deutschland sprach und beschwor zugleich erneut die bedrohlichen Fluten, die drohende Überfüllung. Am 1. September 1992 titelte sie auf der Front-Seite „Asylanten jetzt auf Schulhöfe. Neue Welle! Und bis Weihnachten kommen noch 400.000.“

Nun könnte man meinen, die BILD-Zeitung war eine Ausnahme und die übrigen Medien bemühten sich spätestens nach den Ereignissen von Hoyerswerda, Hünxe, Rostock-Lichtenhagen und Mölln um eine ausgewogene Berichterstattung. Dies war jedoch leider nicht so. Weiterhin wurde von den „Asylanten-Strömen“ gesprochen, weiterhin sahen viele Journalisten die „Dämme brechen“ und Deutschland in einem Meer von Flüchtlingen versinken. Nach Hoyerswerda und nach Rostock-

Lichtenhagen kam jedoch noch etwas anderes hinzu: Die Medien vollbringen das Kunststück, sich gegen die Überfälle zu empören und gleichzeitig weiter rassistische Einstellungen zu verfestigen.

Presseanalysen zur Berichterstattung über die Ereignisse in Rostock zeigen, dass die hinter dem Aufschrei verborgene Botschaft nahezu der gesamten Presse darauf hinauslief, das Problem dadurch zu lösen, dass man die Grenzen dicht machte, dass unberechtigte Flüchtlinge abgeschoben werden etc. (vgl. DISS 1992).

Neben solchen Kommentierungen lassen sich auch Berichte und Stellungnahmen auffinden, die sich zwar nicht gegen die anwesenden Flüchtlinge und Ausländer richten, die aber gleichwohl andere diskriminierende Argumentationstypen darstellen: Da werden *die* Jugendlichen, *die* Ostdeutschen oder auch *die* Sozialschwachen als diejenigen hingestellt, die für die Gewalttaten verantwortlich sind. Die Hauptsache scheint dabei zu sein, schnell einen Sündenbock auszumachen, um dann wieder zur Tagesordnung, zur Normalität, übergehen zu können.

Sicherlich tragen die Medien nicht die alleinige Schuld am Zustand unserer Republik, bescheinigt werden muss ihnen nach unseren Analysen jedoch eine erhebliche Mitverantwortung an den Ereignissen. Sie haben dazu beigetragen, dass Flüchtlinge als eine solch gravierende Abweichung von unserer Normalität angesehen werden, dass der daraus resultierende Handlungsbedarf geradezu als zwingend erscheint.

Und heute?

Eindeutig ist spätestens seit den 1990er Jahren im Mediendiskurs die Flüchtlings- und Einwanderungspolitik als ein Bereich markiert worden, der eine latente Denormalisierung produziert. Dies war im Rahmen der so genannten Asyldebatte besonders drastisch der Fall, innerhalb derer sogar die Rede vom Staatsnotstand aufkam, der auszubrechen drohe, wenn mehr Einwanderer und Flüchtlinge nach Deutschland kämen. Obwohl es zur gleichen Zeit eine Reihe von Ereignissen gab, die in der Tat als nicht normal angesehen werden konnten (z. B. die deutsche Vereinigung, der Zusammenbruch des Gegensystems Kommunismus, kriegerische Auseinandersetzungen in Jugoslawien etc.), wurden diese als funktionierende Normalität angesehen. Doch bei den Flüchtlingsbewegungen läuteten die gesellschaftlichen Alarmglocken. Vor diesem Hintergrund tat sich ein Normalisierungsbedarf auf, dem auf der politischen Ebene mit der drastischen Einschränkung des Asylrechts in Deutschland begegnet wurde.

Nach der Grundgesetzänderung verlagerten sich die Aussagen im Einwanderungsdiskurs auf das Thema Kriminalität und Innere Sicherheit. In den Medien häuften sich Berichte über eine so ge-

nannte „Ausländerkriminalität“, bei der vor allem männliche jugendliche Einwanderer in den Mittelpunkt gestellt werden. Fast kampagnenartig wurde durch ein Zusammenspiel von Wissenschaft, Medien und Politik die Kriminalität von Einwanderern in den Mittelpunkt der Wahrnehmung gestellt – und erneut eine latente Bedrohungssituation hergestellt.⁸

Mit der rot-grünen Koalition wurde dann jedoch eine neue diskursive Konstellation eingeläutet. Seit dieser Zeit gilt Deutschland wenn nicht als Einwanderungs-, so aber doch als ein Zuwanderungsland. Das Staatsbürgerschaftsrecht wurde verändert und ermöglichte eine leichtere Einbürgerung von Einwanderern – allerdings ohne die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft für türkische Einwanderer. Nach einem Anschlag auf jüdische Einwanderinnen und Einwanderer in Düsseldorf rief die politische Klasse gar zum „Aufstand der Anständigen“ gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus auf. Insgesamt entspannte sich das gesellschaftliche Klima, was sich auch in der Medienberichterstattung niederschlug. Rassistische Elemente und dramatisierende Darstellungen in Verbindung mit Einwanderung waren seltener anzutreffen, ohne dass sie allerdings verschwunden wären. Auch nach dem 11. September 2001 wurden Themen wie Kriminalität von Einwanderern, die Frage, ob Frauen in öffentlichen Ämtern ein Kopftuch tragen dürfen, die sozialen Kosten von Einwanderung in Politik und Medien behandelt und diskutiert. Insofern argumentierte der Einwanderungsdiskurs weiterhin auf einer festen rassistischen Grundlage (vgl. Jäger 2004).

Jedoch etablierte sich seit dieser Zeit ein Feindbild Islam mit Schwerpunkt auf einem islamistischen Fundamentalismus und produzierte zunehmend einen antimuslimischen Rassismus. Dieser wird nicht nur durch Kampagnen von Pro Köln und Pro NRW in die Öffentlichkeit getragen, die immer wieder gegen den Bau von Moscheen agitieren und eine angebliche Islamisierung von Deutschland beschreiben. Solche Versuche aus dem extrem rechten Politiklager wären vernachlässigbar, wenn nicht im hegemonialen Diskurs immer wieder solchen Agitationsversuchen zugearbeitet würde.

So produziert der mediale Einwanderungsdiskurs seit geraumer Zeit in immer kürzer werdenden Abständen Ereignisse, mit denen eine rassistische Stimmung im Lande aufrecht erhalten wird und an die sich rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen anzukoppeln versuchen – glücklicherweise bislang noch erfolglos. Die Auslassungen von Thilo Sarrazin, der 2010 mit seinem Buch

„Deutschland schafft sich ab“ für Wochen die Talkshows des deutschen Fernsehens beschäftigte, gehören zu solchen diskursiven Ereignissen, mit denen das Sagbarfeld in Richtung Rassismus ausgeweitet wird. Thilo Sarrazin ist hier deshalb von besonderer Bedeutung, weil er den Einwanderungsdiskurs mit dem ökonomischen Diskurs verschränkt und so zu einer „Ethnisierung der Unterschicht“ beiträgt. Hierdurch werden die rassistischen Ausgrenzungseffekte in weitere gesellschaftliche Sektoren transportiert.⁹ Mit solchen medialen Inszenierungen produziert der Mediendiskurs immer wieder und immer wieder aufs Neue rassistische Effekte, die ihre Spuren auch im Alltagsdiskurs hinterlassen und die verhindern, dass Einwanderer und Eingeborene respektvoll miteinander umgehen. Die im Winter 2012/2013 geführte Debatte um den Zuzug von Bulgaren und Rumänen, von denen viele der im Faschismus verfolgten Gruppe der Roma angehören, muss als ein solches Ereignis gewertet werden. Im Unterschied zur Situation in Rostock-Lichtenhagen kann daraus von der extremen Rechten allerdings (noch) kein Kapital geschlagen werden. Dies liegt sicherlich auch daran, dass die örtlichen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure eine Eskalation der Situation zu verhindern suchen. So legte die Stadt Duisburg im Herbst 2011 ein ambitioniertes „Handlungskonzept“ vor, mit dem eine Integration der Neuzuwanderer bewerkstelligt werden soll. Damit stellte die Stadtpolitik die Weichen auf Integration statt auf Ausgrenzung. Die angespannte Situation in den betroffenen Stadtteilen einschließlich des dort offen oder auch nur subtil vorgetragenen Rassismus und Antiziganismus ist damit aber keineswegs verschwunden, sondern wird durch die Forderung von Bundesinnenministers Friedrichs im Oktober 2012 nach schärferen Regeln für Flüchtlinge aus Serbien und Mazedonien, bei denen es sich gleichfalls um Roma handelt, weiter aufgeheizt. Und schließlich gilt dies auch für seine Forderung, dass Deutschland in der EU-Kommission gegen die Aufnahme von Rumänien und Bulgarien in den so genannten Schengener Raum votieren solle. Es ist zu hoffen, dass es nach den Erfahrungen der 1990er Jahre heute in Deutschland nicht mehr zu einer Neuauflage einer solchen Asyldebatte kommen wird.

Literatur

Drews, Axel/Gerhard, Ute/Link, Jürgen (1985): *Moderne Kollektivsymbolik. Eine diskurstheoretisch orientierte Einführung mit Auswahlbibliographie*, Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur, 1. Sonderheft Forschungsreferate 1985, 256-375.

⁸ Einen gewissen Höhepunkt dieser Diskursverschiebung findet 1997 statt. Vgl. zum Verlauf der „Ausländerkriminalitäts-Debatte“ Jäger/Jäger 1999, 126-138. Zu den ausgrenzenden Effekten dieser Debatte vgl. besonders Jäger/Cleve/Ruth/Jäger 1998.

⁹ Vgl. dazu die Beiträge in Friedrich (Hg.) 2011 sowie insbesondere Friedrich 2011 und 2012.

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (1992): Schlagzeilen. Rostock: Rassismus in den Medien, Duisburg

Friedrich, Sebastian (2011): Rassismus in der Leistungsgesellschaft, in: ders. (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte“, 8-38.

Friedrich, Sebastian (2012): Die diskursive Erschaffung des 'nutzlosen Anderen'. Zur Verschränkung von Einwanderungs- und Unterschändendiskurs, in: Jäger, Margarete/Kauffmann, Heiko (Hg.): Skandal und doch normal. Impulse für eine antirassistische Arbeit, Münster, 96-111.

Friedrich, Sebastian (Hg.) (2011): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der „Sarrazindebatte“, Münster

Gerhard, Ute (1991): Wenn Flüchtlinge und Einwanderer zu „Asylantenfluten“ werden – zum Anteil des Mediendiskurses an rassistischen Pogromen, in: Jäger, Siegfried/Januschek, Franz (Hg.): Der Diskurs des Rassismus. Ergebnisse des DISS-Kolloquiums November 1991, 163-178.

Jäger, Margret (1993): BrandSätze und Schlagzeilen. Rassismus in den Medien, in: Forschungsinstitut der FES (Hg.): Entstehung von Fremdenfeindlichkeit. Die Verantwortung von Politik und Medien, Bonn, 73-92.

Jäger, Margret/Cleve, Gabriele/Ruth, Ina/Jäger, Siegfried (1998): Von deutschen Einzeltätern und ausländischen Banden. Medien und Straftaten, Duisburg

Jäger, Margret/Jäger Siegfried (1999): Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens, Berlin

Jäger, Siegfried (1992): BrandSätze. Rassismus im Alltag, Duisburg

Jäger, Siegfried (2004): Paradoxe Entschärfungen im Interesse der Nation. Der Einwanderungsdiskurs im Umfeld der Terroranschläge vom 11.9. 2001 und sein Beitrag zur Verfestigung eines völkischen Verständnisses deutscher Identität, in: Schobert, Alfred/Jäger, Siegfried (Hg.): Mythos Nation: Fiktion mit Folgen, Münster, 165-188.

Jäger, Siegfried (2007): Der Karikaturenstreit im „Rechts-Mitte-Links“-Diskurs deutscher Print-Medien, in: Jäger, Siegfried/Halm, Dirk (Hg.): Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis, Münster, 11-49.

Link, Jürgen (1988): Medien und ‚Asylanten‘. Zur Geschichte eines Unworts, in: Thränhardt, Dietrich/Wolken, Simone (Hg.): Flucht und Asyl. Informationen. Analysen, Erfahrungen aus der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland, Freiburg, 50-61.

Link, Jürgen (1991): „Der irre Saddam setzt seinen Krummdolch an meine Gurgel!“ Fanatiker, Fundamentalisten, Irre und Trafikanten – Das neue Feindbild Süd, in: Jäger, Siegfried (Hg.): Text- und Diskursanalyse. Eine Anteilung zur

Analyse politischer Texte. Mit zwei Beispielanalysen, Dortmund

Link, Jürgen (1992): Die Analyse der symbolischen Komponenten realer Ereignisse. Ein Beitrag der Diskurstheorie zur Analyse neorassistischer Äußerungen, in: Jäger, Siegfried/Januschek, Franz (Hg.): Der Diskurs des Rassismus. Ergebnisse des DISS-Kolloquiums November 1991, 163-178.

Link, Jürgen (2007): Ein übersehener Aspekt des Karikaturenstreit: Zur Archäologie der „Bombenköpfe“, in: Jäger, Siegfried/Halm, Dirk (Hg.): Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis, Münster, 151-165.

Quinkert, Andreas/Jäger, Siegfried (1991): Warum dieser Haß in Hoyerswerda? Die rassistische Hetze von BILD gegen Flüchtlinge im Herbst 1991, Duisburg

Autorin

Dr. Margarete Jäger ist Kulturwissenschaftlerin und Leiterin des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Ihre Forschungsschwerpunkte sind Studien zu Politik-, Medien- und Alltagsdiskursen, insbesondere in Bezug auf Gender, Rassismus, Migration, Rechtsextremismus und Krieg.

Seit 20 Jahren aufgewühlt. Ein persönlicher Rückblick

Eva Thomas

Hülya Genç (9), Gülüstan Öztürk (12) und Hatice Genç (18) kamen am 29. Mai 1993 in den Flammen ihres Hauses ums Leben. Gürsün İnce (27) und Saime Genç (4) erlagen ihren Verletzungen nach einem Sprung aus dem Fenster. Der Solinger Brandanschlag war der entsetzliche Höhepunkt nach Jahren rechtsextremer Stimmungsmache und rassistischer Pogrome gegen Menschen mit ausländischen Wurzeln in unserem Land. Die von der CDU eingeleitete „Asylkampagne“ endete wenige Tage vor dem Solinger Brandanschlag am 26. Mai 1993 mit der faktischen Abschaffung des Asylrechtes durch eine Änderung des Grundgesetzes.

Die ersten Tage nach dem Anschlag

Der Tag des Solinger Brandanschlages ist mir noch sehr gut in Erinnerung. Der 29. Mai 1993 war ein sonniger heiterer Tag. In Vorfreude auf meine Geburtstagsfeier, das Radio eingeschaltet, Lieder summend, die letzten Vorbereitungen für meine geladenen Gäste treffend, die ich am Nachmittag erwartete, schlug es plötzlich um. Alles! Der schöne Tag, meine Vorfreude – plötzlich alles weg. Stattdessen: Fassungslosigkeit und Ungläubigkeit. Ich musste mich zunächst hinset-

zen, noch mit einem Kartoffelschäler in der Hand. Ich startete vor mich hin. Die Nachrichten im Radio hatten es verkündet: Fünf Frauen und Kinder waren Opfer eines Brandanschlages geworden. Unweit von meiner Wohnsiedlung, in der ich damals lebte. Tot. Fünf Menschen waren heute Nacht ums Leben gekommen, ermordet!

Ich weiß noch, dass es eine Weile dauerte, bis ich wirklich begriffen hatte, was geschehen war. Das Telefon klingelte. Eine Freundin fragte mich, ob ich schon gehört hätte, was geschehen sei. Ich sollte mit meinen Geburtstagsgästen zum Trauermarsch kommen, nachmittags würde eine Demo stattfinden. Ich ließ alles stehen und liegen und informierte meine Gäste. Meine Mutter, meine Schwester mit Schwager, meine Freundinnen und Freunde.

Ein paar Stunden später gingen wir zusammen in einer großen Menge an Menschen deutscher und türkischer Herkunft über eine der Solinger Hauptstraßen in der Innenstadt. Am Schlagbaum, einer der größten Verkehrsknotenpunkte in Solingen, wurde gebetet. Der Verkehr stand still. Autos und Busse stauten sich. Spontan reihten sich Passant_innen ein, als sie hörten, was in der Nacht zuvor passiert war. Viele Menschen waren aufgewühlt, fassungslos, wütend. Es wurde gerufen und geschrien. Meine Mutter ergriff meine Hand. Sie hatte Angst. Ich versuchte sie zu beruhigen, ich sah viele Bekannte und fühlte mich sicher. Es waren laut Dokumentation des ‚Solinger Appells‘ ca. 10.000 Menschen, die gegen 15 Uhr an diesem Samstagnachmittag spontan demonstrierten. Es war die erste große Demonstration an diesem Pfingstwochenende, die emotionalisiert, aber friedlich verlief.

Wut

In den nächsten Tagen veränderte sich das politische Klima in der Stadt nachhaltig. Nicht nur kamen immer mehr auswärtige Demonstrant_innen nach Solingen, um ihrer Wut und Trauer vor Ort Ausdruck zu verleihen, sondern auch Bundespolitiker_innen, wie Rita Süßmuth und Norbert Blüm, erschienen hier am 30. Mai, um ihre Anteilnahme zu zeigen. Doch viele der Demonstrierenden waren wütend, sie wollten keine Betroffenheitsgesten, vielmehr riefen sie: „Die Brandstifter sitzen in Bonn“ und nahmen damit Bezug auf die politische Stimmungsmache gegen Asylbewerber_innen und Menschen mit ausländischem Pass. Bundesweit kam es schließlich zu Protesten, insbesondere türkischstämmiger Menschen. Sie blockierten mit ihren Fahrzeugen Autobahnen und organisierten in ihren Städten Demonstrationen und Mahnwachen. Die meisten Demonstrationen und Proteste blieben friedlich. Allerdings gab es in Solingen auch durch türkische Nationalisten angeheizte Krawalle, Jugendliche warfen Fensterscheiben ein, Mahnfeuer wurden am Schlagbaum entzündet. Initiativenvertreter_innen, Gewerkschaftle-

r_innen und Lokalpolitiker_innen unternahm immer wieder Versuche, zu deeskalieren, teilweise wurden sie selbst angegriffen, die Stimmung war sehr aufgeladen.

Während die lokalen Medien sich unmittelbar nach dem Pfingstwochenende in ihrer Berichterstattung vor allem auf die „Ausschreitungen“ und auf die von Jugendlichen zerschlagenen Schau-fensterscheiben konzentrierten, bemühten sich die überregionalen Medien die Tat in den gesellschaftlichen Zusammenhang von rassistischer Hetze, aktueller Asylgesetzgebung und den Brandanschlägen in Rostock, Hünxe, Mölln und Solingen zu stellen.

„In Solingen gibt es kein rechtsextremes Potential. Solingen ist eine liberale und weltoffene Stadt“¹⁰

Die Solinger Lokalpolitiker_innen und die Stadt-oberen waren dagegen von Anfang an vor allem damit beschäftigt, Solingen in ein gutes, besseres Licht zu rücken. Nach dem Motto „Es kann nicht sein, was nicht sein darf!“ fiel es dem offiziellen Solingen auch in den Folgejahren schwer, zu begreifen und zuzugeben, dass der Mord an den Töchtern und Enkelinnen der Familien Genç und İnce kein Zufall war, sondern, ebenso wie die rechtsextremen Anschläge zuvor, Ausdruck eines gesellschaftlichen Klimas und einer durch die Politik aufgeheizten Stimmungsmache, die auch vor Solingen nicht halt gemacht hatte. Die in diesem Zusammenhang von Medien und Politik häufig vorgetragene These, dass die Tat lediglich das Produkt verwirrter Einzeltäter gewesen sei, erzeugte vielmehr berechtigte Wut. Ich hörte in diesen Tagen oft die Frage von türkischstämmigen Menschen: „Wie viele von uns sollen noch sterben, bis endlich etwas passiert?“

Appelle, die verhallen

Die in Solingen und Umgebung politisch aktiven gesellschaftlichen Kräfte schlossen sich spontan zusammen und formulierten schon in den ersten Tagen nach dem Solinger Brandanschlag den Solinger Appell. Viele von den 1993 aufgestellten bundesrelevanten Forderungen scheinen bis heute ungehört: „dass endlich gegen rechtsradikale, gewalttätige Organisationen vorgegangen und ihre Strukturen zerschlagen werden“.

Es ist kaum zu glauben, dass Jahrzehnte nach den Brandanschlägen der 1990er Jahre ein rechtsextremes Netzwerk wie der sog. NSU mindestens zehn Menschen ermorden konnte, völlig unerkannt und ohne Verdacht auf rechte Strukturen. Und wie damals in Solingen gab es auch hier

¹⁰ So der damalige CDU-Bürgermeister Bernd Krebs, eine Woche nach dem Anschlag gegenüber verschiedenen Fernsehsendern. Vgl. Dokumentation des Solinger Appells (1993), 14.

eine Verbindung zu Verfassungsschutzstrukturen. Unheimlich.

Und was ist mit den Forderungen: „Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen. Ein erster Schritt ist die sofortige Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft und des aktiven und passiven Wahlrechts“ und: „Nie wieder Lager in Deutschland, keine Gutscheinpraxis und Kürzung von Sozialhilfe für Flüchtlinge“?¹¹ Einzig das damals geforderte Antidiskriminierungsgesetz wurde 2006 eingeführt.

Solingen ist bemüht ...

Natürlich gab es in den Folgejahren zahlreiche Bemühungen unterschiedlichster Art, die „richtigen“ Konsequenzen aus dem Solinger Brandanschlag zu ziehen. So wurde beispielsweise ein internationales Jugendzentrum gegründet, das bis heute noch besteht. Die antirassistischen Initiativen beschäftigten sich intensiv mit den rechtsextremen Strukturen und dem Alltagsrassismus in der Stadt. Immer wieder fiel in diesem Zusammenhang der Name des mittlerweile verstorbenen Solinger Bauunternehmers Kissel, der trotz seiner offen gelebten nationalsozialistischen und rassistischen Gesinnung jahrzehntelang die größten Bauaufträge der Stadt erhielt und dessen Arbeit und ‚Verdienste‘ stets offiziell honoriert wurden. 2007 kam es zu einer offenen Auseinandersetzung und zu Protesten, als der damalige Solinger Oberbürgermeister und weitere politische Vertreter_innen die offizielle Einladung zum 90. Geburtstag des Bauunternehmers nicht ausschlugen, zumal dieser Einladung eine 39-seitige Schrift beigefügt war, in der er seine rechte extreme Gesinnung ein weiteres Mal zum Besten gab. Auf Antrag der Grünen distanzierte sich der Stadtrat dann 2007 ganz offiziell von Kissel und seinem Gedankengut.

Aber vor allem auch das Verhalten der Solinger Ausländerbehörde gegenüber Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus wurde immer wieder von Initiativen und der alternativen Stadtzeitung tacheles in den Fokus gerückt, um zu verdeutlichen, dass Solingen nicht ganz so „weltoffen“ ist, wie es gerne erscheinen möchte.

Das 1993 mit kommunalen Mitteln gegründete Büro SOS-Rassismus musste bereits im Jahre 2000 wieder schließen, da ihm auf Antrag der CDU sämtliche finanziellen Mittel zum Erhalt einer Geschäftsstelle entzogen wurden. Im gleichen Jahr legte Solingen als eine der ersten bundesdeutschen Städte ein interkulturelles Gesamtkonzept auf, was dann allerdings zunächst für einige Jahre in einer Rathausschublade verschwand. Das Bündnis für Toleranz und Zivilcourage wurde gegründet, ein Preis für Zivilcourage wurde jährlich ausgeschrieben. Interreligiöse Gesprächskrei-

se und Diskussionsveranstaltungen zum Zusammenleben von allen Menschen dieser Stadt wurden organisiert etc.

Seit 2006 heißt die Ausländerbehörde „Integrationsbüro“, aber auch das Integrationsbüro veranlasst weiterhin Abschiebungen. Ein Jahr zuvor, im Jahr 2005, wurde Solingen mit dem bundesweiten Integrationspreis ausgezeichnet und darf sich seitdem Integrationshauptstadt nennen. Es schien nun, als sei Rettung in Sicht, Rehabilitation für den seit Mai 1993 verloren gegangenen guten Ruf Solingens. Die Landesintegrationskonferenzen werden nun stets hier in Solingen durchgeführt, als müsste man sich seiner Vorbildlichkeit alljährlich vergewissern und als wäre es völlig unmöglich, dass auch andere NRW-Kommunen so etwas organisieren. Nach ein paar Jahren ist es dann auch gelungen, beim Konferenz-Buffer nicht mehr überwiegend Fleischwurst vom Schwein anzubieten.

Repräsentanz versus innere Kämpfe

Die nach außen hin sichtbaren vielfältigen Aktivitäten der Stadt Solingen und ihr Bemühen nach Rehabilitation standen allerdings im Widerspruch zu den inneren Kämpfen, die sich unsichtbar hinter den Kulissen der Konferenzen und Hochglanzbroschüren abspielten. Nachdem 2005 das Interkulturelle Gesamtkonzept aufgrund zu erwartender Fördermittel¹² wieder aus der Rathausschublade herausgeholt wurde, stellte eine Partizipation aller relevanten Akteure zur Fortschreibung des Konzeptes zunächst keine Selbstverständlichkeit dar. Im Gegenteil, wurde die Integrationsarbeit für Solingen zunächst nur im kleinen Kreis ausgewählter Akteure ausgestaltet, was zunehmend zu Unmut bei den Migrantenselbstorganisationen und Teilen der Politik führte.

2007 kam es zum großen Knall im kommunalen Integrationsrat. Die über Listen direkt gewählten Migrantenvorteiler_innen streikten, da sie den Eindruck hatten, dass sie persönlich und ihre politischen Forderungen nicht ernst genommen wurden. Die Solinger Ratsmitglieder, der zuständige Dezernent und die Ausländerbeauftragte waren empört, sie fühlten sich persönlich angegriffen und wiesen alle Kritik von sich. Die politische Partizipation und das Erlangen von Gleichberechtigung in allen Lebenslagen von Menschen ohne deutschen Pass oder gar mit ungesichertem Aufenthaltsstatus gestalteten sich eben nicht einfach. Forderungen nach kommunalem Wahlrecht, nach einer Härtefallkommission oder der Wunsch nach eigenem Raum für die Migrantenvvertretungen wurden insbesondere von CDU-Seite immer wieder eine Absage erteilt oder auf die lange Bank geschoben.

¹¹ Solinger Appell (1993): Dies ist auch unser Land, in: Dokumentation des Solinger Appells, 9.

¹² Seit 2005 gibt es das Förderprogramm KOMM-IN NRW – „Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit“.

Eine solche Forderung war auch die, dass eine Straße nach einem Familienmitglied der Familie Genç benannt werden solle. Hülya-Genç-Platz, wie in Frankfurt, oder Saime-Genç-Ring, wie in Bonn. Doch viele der politisch Verantwortlichen hatten Angst, es könnte zu Nazischmierereien kommen, und sie rangen sich lediglich dazu durch, einen Platz nach dem Herkunftsort der Familie zu benennen. Beschlossen wurde das schließlich 2004, aber erst 19 Jahre nach dem Solinger Brandanschlag und nach einem nochmaligen Antrag des kommunalen Integrationsrates wurde im September 2012 in der Solinger Nordstadt der Mercimek-Platz eingeweiht. Ein Schild verweist auf den Zusammenhang zum Solinger Brandanschlag. Es musste ein paar Tage nach der Einweihung des Platzes erneuert werden, da der Name der Familie Genç falsch geschrieben war.

Toleranz, Vielfalt und Religion

Im 20. Jahr nach dem Brandanschlag wird es in Solingen zahlreiche Veranstaltungen unter dem Label „Solingen Toleranz & Vielfalt Gedenken – Rückblick – Ausblick“ geben. Der Blick solle „nicht nur zurück, sondern auch nach vorn gerichtet werden“, so der Oberbürgermeister der Stadt Solingen im Einführungstext des Veranstaltungsplans. Insgesamt zwei Demonstrationen, Schülermärsche, offizielle Gedenkveranstaltungen, Fachtagungen, Vorträge, türkische Kochgruppen, internationale Vorlesenächte, Kunstprojekte, interreligiöse Gesprächskreise usw. vereinen sich unter dem gemeinsamen Motto: „Toleranz & Vielfalt“.

Toleranz: Bei einer Tagung des IDA-NRW, die ich im vergangenen Jahr besuchte, zitierte die Professorin María do Mar Castro Varela die US-Amerikanerin Wendy Brown: „Toleranz ist die Regulation von Aversion.“ Ich muss jetzt ständig an dieses Zitat denken, wenn ich dem Wort Toleranz im Kontext von „Interkulturalität“ und Migrationsdebatten begegne: Es wird ein Mensch toleriert, der nicht akzeptiert werden kann, der einem selbst äußerlich ist, der fremd ist. Ein Mensch wird toleriert, der nicht zur eigenen Gruppe, zur eigenen Gesellschaft dazu gehört. Ist es das, was wir in den letzten 20 Jahren gelernt haben? Tolerant zu sein? Bereits Johann Wolfgang Goethe meinte doch: „Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein; sie muß zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen“.¹³

Vielfalt: Damit wird im oben genannten Kontext zunächst gemeint: Wir sind unterschiedlich und das ist gut so. Das Postulat ist ja nun nicht weiter schlimm, könnte man annehmen, aber es sind eben nur bestimmte, oft auch nur angenommene

Unterschiede mit der postulierten Vielfalt gemeint. An erster Stelle natürlich, wie könnte es anders sein, sind es die „kulturellen Unterschiede“. Kultur wird hier dann meist mit Nationalität oder nationaler Herkunft oder auch mit Sprache gleichgesetzt. Die Verschiedenheit wird einmal mehr betont, aber auch erst hergestellt. Nicht etwa die individuelle Verschiedenheit oder die aufgrund von Einkommen, Geschlecht oder sexueller Orientierung, sondern die aufgrund der Herkunft, Hautfarben, Muttersprachen oder Religionen. Kinder, deren Großeltern einst migrierten, werden mit der Nase auf ihre „Wurzeln“ gestoßen: Sie werden aufgefordert für den Blog www.zuhause.solingen.de über eben diese Wurzeln zu berichten, so als wären sie selbst nicht hier geboren, aufgewachsen und zur Schule gegangen. „Woher kommst Du? Wie lebst Du? (...)“ Sie werden so stets nicht allein als Solinger und Solingerinnen wahrgenommen, sondern vor allem als Solinger_innen mit sog. Migrationshintergrund. Die Rednerin bei einer Gegenveranstaltung zu Pro NRW im vergangenen Jahr brachte es mit ihren Worten auf den Punkt: „Ich wurde als Muslima angefragt eine Rede zu halten. Eigentlich bin ich Sozialwissenschaftlerin und keine Islamwissenschaftlerin“. Allein das Kopftuch machte sie zur Protagonistin und Expertin für die Religion? Übrigens verfügt die gleiche Rednerin, seit 25 Jahren in Solingen lebend, trotz unzähliger Bemühungen und jahrzehntelangem Kampf der ganzen Familie, immer noch über keinen gesicherten Aufenthalt.

Das sind Momentaufnahmen und subjektive Eindrücke von Solingen, 20 Jahre nach dem Solinger Brandanschlag. Die Bilder überlagern sich wie Dias, die übereinander liegen. Wichtig erscheint mir, dass auch die Bilder wahrgenommen werden, die nicht nur die freundliche und bemühte Seite meiner Stadt zeigen, sondern eben auch die Widersprüche und politischen Divergenzen. Diskriminierungserfahrungen und Rassismus sind Teil unserer Gesellschaft, sie sind Alltag, heute wie gestern, aber wir sollten endlich beginnen, sie nicht isoliert zu betrachten, sondern im intersektionalen Sinne die Verwobenheit von verschiedenen Differenzkategorien (wie zum Beispiel Geschlecht, Behinderung, rassistischer Zuschreibungen, Einkommen) zu erkennen und zu benennen. Vielleicht bietet der 20. Jahrestag einen Anlass dazu, einen ersten Schritt für eine „Zukunft der Erinnerung“.

Literatur (chronologisch):

Solinger Appell (1993): Kein Vergessen! Solingen davor und danach, Solingen

Kawuttke, Dieter (1995): Kassel versus Antifa, in: tacheles. Zeitung für Emanzipation und Solidarität, Nr. 1, Solingen

Jäger, Margret/Cleve, Gabriele/Ruth, Ina/Jäger, Siegfried (1998): Von deutschen Einzeltätern und

¹³ Johann Wolfgang von Goethe: Maximen und Reflexionen (1907), 151, zit. nach Tacheles (2012), Nr. 53, 4.

ausländischen Banden. Medien und Straftaten, Duisburg
 Stadt Solingen (2001): Interkulturelles Gesamtkonzept. Vision Zusammenleben, Solingen
 Mercimek-Platz zum Gedenken an die Opfer des Brandanschlages (2004), in: tacheles. Zeitung für Emanzipation und Solidarität, Nr. 32, Solingen
 Hiergeblieben! Die Hauptstadt der Integration schiebt weiter ab (2006), in: tacheles. Zeitung für Emanzipation und Solidarität, Nr. 37, Solingen
 Solingen und Abschiebepolitik 2005-2006 (2006), in: tacheles. Zeitung für Emanzipation und Solidarität, Nr. 38, Solingen
 Oberpiller, Martin: Kritik an Günther Kissels „nicht gehaltener“ Rede, in: Solinger Morgenpost vom 13. Januar 2007
 Genath, Susanne: Unmut schlägt Wellen, in: Solinger Morgenpost vom 25. April 2007
 Stadt streicht Sonderbehandlung für Integrationsrat, in: Solinger Morgenpost vom 26. April 2007
 Melter, Claus/Mecheril, Paul (Hg.) (2009): Rassismuskritik. Rassismustheorie und -forschung, Schwalbach/Ts.
 Krummacher, Michael/Kulbach, Roderich/Schmidt, Sebastian (2009-2010): Evaluation der Umsetzung des Konzepts für Interkulturelle Arbeit, Solingen
 Rede einer staatenlosen Solingerin bei Bunt statt Braun am 24.03.2012, in: tacheles. Zeitung für Emanzipation und Solidarität, Nr. 53, Solingen
 Stadt Solingen (2012): Interkulturelles Gesamtkonzept. Vision 2020, Solingen
 Stadt Solingen (2013): Toleranz & Vielfalt. Veranstaltungskalender 2013. Gedenken – Rückblick – Ausblick, Solingen
 Stadt Solingen (2013): Zukunft der Erinnerung. Bergische Fachtagung für die Handlungsfelder Jugend, Schule, Zivilgesellschaft zum 20. Jahrestag des Brandanschlages am 28. Mai 2013, Veranstaltungsflyer, Solingen

Autorin

Eva Thomas ist Diplom-Pädagogin und Geschäftsführerin des Solinger Vereins „Rund um die Zietenstraße“ e. V. Sie engagiert sich seit über 20 Jahren im Bereich der Antirassismusbearbeitung.

Kampf gegen Asyl-, Freizügigkeits- bzw. Sozialhilfemissbrauch als Ausdruck von Antiziganismus?

Thomas Hohlfeld

Der Antiziganismus in Deutschland ist unverändert weit verbreitet. Wohl kaum eine andere Gruppe stößt auf stärkere Ablehnung und Vorurteile, wie etwa Befragungen dazu zeigen, wen man sich nicht als Nachbarn wünscht.

Zugleich hat das regierungsamtliche Bekenntnis, die Diskriminierung und gesellschaftliche Ausgrenzung von Roma und Sinti bekämpfen zu wollen, die politisch höchsten Höhen erreicht: EU-weit wurde eine Dekade der Integration der Roma ausgerufen, es wurden nationale Strategien zur Integration der Roma erstellt (wenn auch nicht in Deutschland) und Gelder in Milliardenhöhe bereit gestellt. In Deutschland fand Bundeskanzlerin Merkel bei der Einweihung des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma im Oktober 2012 klare Worte und rief dazu auf, für die Rechte von Roma und Sinti zu kämpfen, „wo auch immer und innerhalb welcher Staatsgrenzen sie auch immer leben“.

Doch was war dieses Versprechen wert, wenn zur gleichen Zeit Regierungspolitiker und allen voran der politisch verantwortliche Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) über den angeblich bedrohlichen Asylmissbrauch durch Roma aus Serbien und Mazedonien hetzten? Wie konnten die hehren Worte so schnell in Vergessenheit geraten und sich in ihr Gegenteil verkehren, angesichts von insgesamt nicht einmal 12.000 Roma-Flüchtlingen aus Serbien und Mazedonien im Jahr 2012, die Hälfte von ihnen Kinder? Die Antwort ist: Es gehört zur eingeübten Arbeitsteilung im Regierungsgeschäft, zu besonderen Anlässen, insbesondere vor dem Hintergrund der historischen NS-Verbrechen, wohlfeile Reden über die Menschenrechte und Menschenwürde zu halten. Zugleich wird ungeachtet dessen in der Praxis des Regierungshandelns auf die Mobilisierung von Ressentiments und eine Politik der Ausgrenzung und des Populismus zu wahlkämpferischen Zwecken gesetzt.

Der Anstieg der Asylzahlen im Herbst 2012 kann die teilweise hysterischen öffentlichen Debatten jedenfalls kaum erklären. Die Zahl der Asylsuchenden steigt bereits seit 2008, aber nicht exponentiell und auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Die Gründe für diese Entwicklung liegen auf der Hand: Andauernde bürgerkriegsartige Auseinandersetzungen (Afghanistan, Irak), unterdrückte Regime (Iran) und zuletzt die immer gewalttätigeren Auseinandersetzungen in Syrien führten zu einem Anstieg der Flüchtlingszahlen. Der ganz überwiegende Teil der syrischen Flüchtlinge findet unter oft dramatischen Bedingungen in den Nachbarländern Syriens Aufnahme. Nur ein kleiner Teil schafft es in die Europäische Union, zumeist auf „illegalem“ Wege, weil die legalen Einreisemöglichkeiten – selbst für Menschen mit hier lebenden Verwandten – zumeist versperrt sind. Andere sterben bei dem Versuch, die hermetisch abgeschotteten Grenzen der EU zu überwinden. Jordanien nahm an einem einzigen Tag (!) im Januar 2013 fast so viele syrische Flüchtlinge auf (20.000), wie alle EU-Mitgliedsstaaten zusammen seit Ausbruch der Kämpfe. Von einer „Überforderung“ bei der Auf-

nahme von Asylsuchenden in Deutschland zu reden, verböte sich angesichts solcher Vergleichszahlen eigentlich von selbst.

Vor diesem Hintergrund ist es in jeder Beziehung zu begrüßen, dass Flüchtlinge aus Serbien und Mazedonien sich aufgrund der seit Ende 2009 geltenden Visumfreiheit für beide Länder nicht auf gefährliche irreguläre Einreisewege und in die Hände von „Schleppern“ (die zu anderen Zeit und in anderem Kontext „Fluchthelfer“ genannt wurden) begeben müssen. Und so kommt es, dass sich die Zahl der Asylsuchenden aus Serbien und Mazedonien seit 2010 immer wiederkehrend im Herbst/Winter drastisch erhöhte – um dann zu Beginn des Jahres wieder einzubrechen. Nach Erhebungen des Asyl-Bundesamtes handelt es sich tatsächlich zu etwa 90 Prozent um Roma. Viele von ihnen haben zuvor schon einmal, oft jahrelang, in Deutschland oder einem anderen EU-Land gelebt, bevor sie abgeschoben oder unter massiven Ausreisepressuren gesetzt wurden. In Serbien und Mazedonien leiden sie unter einer extremen Armut, systematischer Diskriminierung und Rassismus, verbreiteter Arbeitslosigkeit und absoluter Hoffnungslosigkeit. Vor allem im Winter verdichtet sich diese gesellschaftliche Ausgrenzung zu einer gesundheits- und lebensbedrohlichen Notlage.

Gute Gründe zur Flucht gibt es also – auch wenn sie für eine Asylanerkennung in Deutschland noch lange nicht ausreichen. Der Präsident des Asyl-Bundesamtes Schmidt führte „die Zunahme der Asylantragsteller aus Serbien und Mazedonien“ kurzerhand „auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts“ zurück, „das den Asylbewerbern ein Anrecht auf höhere Sozialleistungen einräumt“. Der Vorwurf des Asylmissbrauchs ging also, wie so häufig, mit der Unterstellung missbrauchter Sozialhilfe einher. Dabei kann nach maßgeblichem EU-Recht auch eine Kumulation von Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen und damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen im Einzelfall sehr wohl zur Anerkennung eines Schutzbedarfs und Flüchtlingsstatus führen. Doch während im EU-Durchschnitt Asylsuchende aus Serbien immerhin noch zu etwa zwei bis drei Prozent als Flüchtlinge anerkannt wurden, betrug die Anerkennungsquote in Deutschland zuletzt 0 Prozent. Dies ist wohl auch mit der politischen Vorgabe von „oben“ zu erklären, alle Asylsuchende aus Serbien und Mazedonien in einem abschreckenden Schnellverfahren abzulehnen, um weitere Flüchtlinge vom Kommen abzuhalten und ihnen die Aussichtslosigkeit einer Asylsuche in Deutschland zu demonstrieren. Eine solche Strategie hatte ja auch schon einmal funktioniert, woran Politiker von CDU/CSU nicht ohne Stolz erinnerten: 1992/1993, als es darum ging, insbesondere Roma aus Rumänien in kurzen Prozessen wieder außer Landes zu schaffen. Dafür war man damals bereit, das Grundrecht auf

Asyl zu opfern. Die „sichere Herkunftsstaaten“-Regelung war insbesondere mit Blick auf die Länder Rumänien und Bulgarien geschaffen worden, und die „sichere Drittstaaten“-Regelung ermöglichte direkte Abweisungen an den deutschen Grenzen.

20 Jahre später forderte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, Serbien und Mazedonien sollten zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt werden, zugleich sollten Asylsuchende aus diesen Ländern mit gekürzten Sachleistungen abgespeist werden. Letzteres war jedoch so offenkundig unvereinbar mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Sommer 2012 zum Asylbewerberleistungsgesetz, dass diese Minister-Forderung schon in der Ressortabsprache innerhalb der Bundesregierung hängen blieb. Und eine Aufnahme in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten, die eine Zustimmung des Bundesrates erfordert hätte, wurde schlicht überflüssig, nachdem in der Praxis die Asylverfahren so ausgestaltet wurden, als handele es sich bei Serbien und Mazedonien um sichere Herkunftsstaaten: Im Durchschnitt dauerte es Ende 2012 gerade einmal noch sieben Tage, bis ein Asylantrag von Flüchtlingen aus diesen beiden Ländern vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) abgelehnt worden war! Möglich wurde dies durch eine geradezu generalstabsmäßige Mobilisierung im Bundesamt und eine Konzentration aller Kräfte zur Abwehr der um Hilfe nachsuchenden Roma: 50 „Hilfskräfte“ wurden eingestellt, 59 Bundespolizisten zur Aktenarbeit verdonnert, Anhörungen erfolgten verstärkt mittels Videotechnik (also nicht mehr durch Beamte vor Ort). Über 60 Beamte der Bundeswehrverwaltung sollen künftig Asylverfahren betreiben und 55 sonst im Integrationskursbereich eingesetzte „Regionalkoordinatoren“ wurden zur Asylprüfung eingesetzt. Und überhaupt, so erklärte die Bundesregierung in reinstem Bürokrattendeutsch und zum Beweis ihres Eifers: „Aus allen übrigen Abteilungen des BAMF verbescheiden weitere erfahrene Mitarbeiter entscheidungsreife Akten“.

Doch während die Roma aus Serbien und Mazedonien im Schnellverfahren abgelehnt werden, verfügten mehrere Bundesländer eine Art „Winter-Abschiebestopp“, weil Abschiebungen insbesondere nach Serbien und Mazedonien zumindest in der kalten Jahreszeit und angesichts der extremen Notlage der Roma als unverantwortlich angesehen wurden. Dies veranschaulicht plastisch, dass auch abgelehnte Asylsuchende durchaus schutzbedürftig sein können. Mit einem angeblichen Sozialhilfemissbrauch hat all dies nichts zu tun.

Parallel zur Ablehnungs- und Abschreckungspolitik im Innern machte die Bundesregierung auch auf EU-Ebene gegen Roma mobil: Gefordert wurde und wird eine Regelung, die zur Wiedereinführung der Visumpflicht führt, unter anderem, wenn

aus bestimmten Ländern verstärkt Asylsuchende mit geringen Anerkennungschancen kommen. Es ist offenkundig, gegen wen dies gerichtet ist. Noch ist der geplante so genannte Aussetzungsmechanismus zur Visumfreiheit wegen eines Vetos des Europäischen Parlaments nicht in Kraft getreten – doch der Widerstand der Parlamentarierinnen und Parlamentarier ist nicht grundsätzlicher Natur, der Regelung haben sie im Grundsatz bereits zugestimmt. Gegenüber Serbien und Mazedonien wurde aber auch auf anderen Wegen schon einmal Druck ausgeübt, um die unerwünschte Ausreise und Asylsuche der Roma stoppen zu können – mit zweifelhaftem „Erfolg“: Beide Länder verabschiedeten Gesetze, die die missbräuchliche Nutzung der Reisefreiheit bzw. eine missbräuchliche Asylsuche im Ausland unter Strafe stellen. Ausreisewillige Roma wurden und werden bei der Ausreise von serbischen und mazedonischen Grenzbeamten penibel kontrolliert. Der gesellschaftliche Druck auf die Roma in beiden Ländern hat sich weiter erhöht, denn deren Regierungen und die übrige Bevölkerung fürchtet die Rücknahme der gewährten, lang ersehnten Visumfreiheit – und die Schuld hieran wird im Falle eines Falles den Roma gegeben. Der Druck der EU und Deutschlands führte also dazu, dass das Menschenrecht auf Ausreise, auf Freizügigkeit und Asylsuche für Roma vom Westbalkan nur unter Vorbehalt gilt.

Ins Bild passt, dass die Zahl der Abschiebungen aus Deutschland im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr zwar leicht auf 7.650 gesunken, die Zahl der Abschiebungen serbischer Staatsangehöriger jedoch um 50% auf 1.500 gestiegen ist. Weitere 500 Abschiebungen nach Mazedonien kamen hinzu.

Kaum war die Zahl der Asylsuchenden aus Serbien und Mazedonien zur Jahreswende 2012/2013 drastisch gesunken, gerieten nur einen Monat später erneut Roma ins Visier des Innenministers. Dieses Mal kamen sie aus Rumänien und Bulgarien, d. h. es handelte sich um EU-Bürger_innen. Folgerichtig wurde ihnen auch nicht der Missbrauch des Asylrechts, sondern der Missbrauch der EU-Freizügigkeitsregelungen vorgeworfen, nachdem einige Großstädte in einem Aufruf des Deutschen Städtetags auf soziale Probleme und Ausbeutungsverhältnisse vor Ort sowie die verstärkte Inanspruchnahme von Notunterkünften und Hilfesystemen durch diese EU-Angehörigen aufmerksam gemacht hatten. Bundesminister Friedrich brachte es auf den Punkt, die Betroffenen wollten nur Sozialhilfe „abkassieren“. Er redete von „Betrug“ und forderte sogar Rechtsänderungen auf der EU-Ebene, um in solchen Fällen dauerhafte Wiedereinreisesperren möglich zu machen. Dass es dabei vor allem um Roma geht, auch wenn sie nur eine Teilmenge der Migrant_innen aus Rumänien und Bulgarien bilden, wird häufig nicht ausgesprochen, ist aber dennoch

allen klar. Andere CDU-Politiker_innen erklären hingegen klipp und klar, dass es ganz gleich sei, ob es um Roma aus den Nicht-EU-Ländern Serbien und Mazedonien oder um Roma aus Rumänien und Bulgarien gehe – denn immer gehe es um die „Ausbeutung der Sozialsysteme“.

Im populistischen Schwunge drückte die Bundesregierung öffentlichkeitswirksam dann auch noch beim letzten Schritt des Schengen-Beitritts von Rumänien und Bulgarien auf die Bremse. Dabei hatte sie sich im letzten Jahr auf EU-Ebene noch für einen schrittweisen Schengen-Beitritt beider Länder stark gemacht, schließlich erfüllen sie alle Voraussetzungen hierfür und haben ihre Grenzkontrollen den EU-Abschottungsstandards voll und ganz angepasst. Diese abrupte politische Wende war rein innenpolitisch motiviert und so unglaublich, dass die Presse Zeuge eines seltenen Ereignisses wurde: Ein Sprecher der EU-Kommission widersprach den Forderungen Friedrichs unmissverständlich und erklärte, dass die Kommission keine Vorschläge zur Eindämmung von „Sozialtourismus“ machen werde, weil es diesen ihrer Ansicht nach gar nicht gebe. Es handle sich vielmehr „um ein Wahrnehmungsproblem in manchen Mitgliedstaaten, das keine Grundlage in der Wirklichkeit hat“. Wann EU-Bürger_innen einen Anspruch auf soziale Unterstützung haben und wann nicht, ist bei Arbeitssuchenden in den ersten Monaten ihres Aufenthalts in der Rechtsprechung zum Teil noch umstritten. Im Grundsatz aber gilt laut den EU-Verträgen innerhalb der EU ein Verbot der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, d. h. Deutschland täte gut daran, sich darauf einzustellen, allen hier lebenden Menschen, ob Deutsche oder EU-Bürger_innen, ob Roma oder Nicht-Roma, gute Lebensbedingungen in Bezug auf Bildung, Wohnen, Arbeit und Soziales zu verschaffen und sie im Notfall ohne Diskriminierung wirksam zu unterstützen.

Es lohnt sich, noch einmal kurz innezuhalten, um sich die Kontinuitäten und den historischen Wandel der letzten 20 Jahre zu vergegenwärtigen: Wurden die Roma aus Rumänien 1992/93 als abgelehnte Asylsuchende nahezu rechtlos und quasi mit Fußtritt außer Landes befördert, so ist es heute im Rahmen der EU-Freizügigkeit bis auf wenige Ausnahmefälle gar nicht mehr möglich, ihren Aufenthalt zu beenden. Sie brauchen auch keine Aufenthaltserlaubnis, ja sie brauchen nicht einmal eine Bescheinigung von der Ausländerbehörde, dass sie hier sein dürfen. Ich bezweifle, dass dieser fundamentale Wandel in den Köpfen vieler Regierender bereits angekommen ist – und in weiten Teilen der Bevölkerung dürfte das diesbezügliche Unwissen noch verbreiteter sein. Ab 2014 sind Roma aus Rumänien absolut gleichberechtigte EU-Bürger_innen, mit den gleichen Rechten auf Aufenthalt, Beschäftigung und soziale Unterstützung wie spanische, französische und

italienische Staatsangehörige auch. Welch ein Wandel! Umso beängstigender ist die Kontinuität der Ablehnung gegenüber Roma, insbesondere die regierungsamtliche Hetze und Unterstellung von „Missbrauch“ und „Sozialhilfebetrug“.

Wieso ist die Bundesregierung eigentlich nicht zu einer anderen Sicht und Politik imstande? Wieso war Deutschland dazu in der Lage, mit der dauerhaften Aufnahme von über 200.000 jüdischen Migrant_innen aus den ehemaligen Sowjetrepubliken ein historisch bewusstes Zeichen zu setzen, das zugleich für die Betroffenen eine ganz praktisch wirksame Hilfe darstellte? Und wieso treffen die Roma, sei es aus osteuropäischen EU-Ländern, sei es vom Westbalkan, im Gegensatz dazu auf eine so starke Ablehnung und Härte – von den Sonntagsreden einmal abgesehen? Es böte sich die Chance einer praktischen „Wiedergutmachung“ (ein furchtbares Wort!) gegenüber Menschen, die nicht selten Nachfahren der 500.000 im Nationalsozialismus ermordeten Roma und Sinti sind. Doch man müsste nicht einmal die deutsche Vergangenheit als Referenzpunkt für politisch verantwortliches Handeln nehmen. Der Skandal der dauerhaften und massiven Ausgrenzung und Diskriminierung der Roma in nahezu allen Ländern Europas ist so riesig, dass Deutschland die Chance ergreifen muss, hier lebende Roma, woher auch immer sie kommen, aus dem Teufelskreis von Rassismus, Armut und Ausgrenzung herauszulösen. Doch statt die Entscheidung der Roma zu akzeptieren, in bestimmten Ländern und an einem bestimmten Ort die Chance eines Neuanfangs wagen zu wollen, wird ihre Paria-Stellung in Europa weiter verfestigt, indem sie von einem Land ins andere geschoben werden, weil niemand sich verantwortlich fühlt. Die Ausgrenzung über Generationen hinweg muss durchbrochen werden durch eine grundlegend solidarische und offene Herangehensweise, statt Ängste und Vorurteile durch permanente Missbrauchsvorwürfe weiter zu schüren. Es bedarf der Integration durch Bildung und Arbeit, statt Abhängigkeiten durch Arbeitsverbote und Abschiebungen ins Nichts noch zu fördern. Es stimmt, es wäre gut, wenn die Roma ihre Heimatländer nicht verlassen müssten und dort nicht diskriminiert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt würden. Aber solange dies so ist, haben die EU und insbesondere Deutschland die gesellschaftspolitische und moralische Verpflichtung, die Integration der Roma in ihren Grenzen nach Kräften zu fördern – und nicht, sie in eine ausweglose und verzweifelte Notlage mit Zwangsmitteln zurückzuschicken, sei es nach Serbien, sei es nach Rumänien. Ein tief sitzender und verbreiteter Antiziganismus trägt offenkundig dazu bei, dass den Worten der Kanzlerin keine entsprechenden Taten folgen.

Autor

Thomas Hohlfeld ist Politikwissenschaftler, Mitglied im Arbeitsausschuss des Komitees für Grundrechte und Demokratie und Fachreferent der Fraktion DIE LINKE im Bundestag für die Themen Migration, Integration und Flüchtlinge.

Termine

Familien in Migration – Migration in Familien

Fachtagung

Termin: 19. April 2013

Ort: Frankfurt a. M.

Infos: Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V., Ludolfusstr. 2-4, 60487 Frankfurt a. M., Tel: 0 69 / 71 37 56 21,

www.verband-binationaler.de

Praxisreflexion zu Weißsein: Kann es denn rassistisch sein, wenn ich es nicht rassistisch meine?

Termin: 19.-21. April 2013

Ort: Berlin

Infos: Rosa Luxemburg Stiftung, Politische Weiterbildung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel: 0 30 / 44 31 01 41/49

weiterbildung@rosalux.de

www.rosalux.de/weiterbildung

Pädagogische Professionalität in der Migrationsgesellschaft

Fachtagung

Termin: 19.-21. April 2013

Ort: Bremen

Infos: Erziehungs- und Bildungswissenschaften der Universität Bremen, Arbeitsbereich Interkulturelle Bildung, ppm.tagung.2013@uni-bremen.de

www.fb12.uni-bremen.de/de/interkulturelle-bildung/aktuelles/tagung-ppm-2013.html

Umgang mit kultureller Vielfalt in der Bildungseinrichtung gestalten – Interkulturelle Öffnungsprozesse in Bildungseinrichtungen

Seminar

Termin: 22. April und 15. Mai 2013

Ort: Düsseldorf

Infos: DGB-Bildungswerk NRW e. V., Bismarckstr. 77, 40210 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 17 52 32 10, info@dgb-bildungswerk-nrw.de

www.dgb-bildungswerk-nrw.de

Schule in der Migrationsgesellschaft – Mit den Herausforderungen von Vielfalt, Differenz und Integration umgehen lernen

Termin: 29.-30. April 2013

Ort: Berlin

Infos: Bundeszentrale für politische Bildung, Fachbereich Fortbildung/Didaktik, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Tel: 02 28 / 9 95 15-578
www.bpb.de/veranstaltungen/format/kongress-tagung/150355/schule-in-der-migrationsgesellschaft

Multiplikator/innenqualifizierung Rechtsextremismus: Prävention und Intervention

Eine Fortbildung des DGB Bildungswerkes Bund e. V. und der Bundeszentrale für politische Bildung

Termine: 03.05.-05.05. / 29.05.-02.06. / 13.09.-15.09. / 28.10.-01.11.2013

Ort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Infos: <http://www.multiplikatorenbildung.de/multiplikatoren/rechtsextremismus>

Verletzt-Werden.

Sprechen in der Migrationsgesellschaft

Abendveranstaltung des IDA-NRW in Kooperation mit der Melanchthon-Akademie sowie der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dok der Stadt Köln

Referent: Prof. Dr. Paul Mecheril, Uni Oldenburg

Termin: 13. Mai 2013, 19.30-21.00 Uhr

Ort: Köln, Melanchthon-Akademie

Rassismus – dies darf als Konsens in der deutschsprachigen Öffentlichkeit gelten – ist etwas „Schlechtes“. Gleichwohl existiert und verletzt Rassismus, z. B. durch Sprache. Da Sprechen als soziale Praxis Teil gesellschaftlicher Verhältnisse ist, werden in ihr rassistische Reden und rassistische Bilder artikuliert. Durch das Sprechen können Menschen herabgewürdigt werden.

In seinem Vortrag wird Prof. Paul Mecheril u. a. folgenden Fragen nachgehen: Wann ist Sprechen rassistisch? Wer legt dies wie fest? Ab wann sind Sprechverbote legitim? Wer legt diese fest? Wer setzt diese durch? Wie kann vermieden werden, dass der Diskurs über Rassismus selbst zu einem rassistischen Diskurs wird?

Anmeldung: Melanchthon-Akademie Köln, Kartäuserwall 24, 50678 Köln, Tel: 02 21 / 93 18 03-0
anmeldung@melanchthon-akademie.de

Was tun gegen (extrem) rechte Äußerungen und Aktivitäten im Kontext Schule

Seminar

Termin: 14. Mai 2013

Ort: Bielefeld

Infos: DGB-Bildungswerk NRW e. V., Bismarckstr. 77, 40210 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 17 52 32 10
info@dgb-bildungswerk-nrw.de
www.dgb-bildungswerk-nrw.de

Migration heute – Konsequenzen für rassistisch-kritische Bildungsarbeit

Seminar

Termin: 23. Mai 2013

Ort: Bochum

Infos: DGB-Bildungswerk NRW e. V., Bismarckstr. 77, 40210 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 17 52 32 10
info@dgb-bildungswerk-nrw.de
www.dgb-bildungswerk-nrw.de

Differenzen verschränkt denken - Ein Praxisreflexionsseminar für politische Bildner_innen

Termin: 14.-16. Juni 2013

Ort: Berlin

Infos: Rosa Luxemburg Stiftung, Politische Weiterbildung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel: 0 30 / 44 31 01 41/49

weiterbildung@rosalux.de

www.rosalux.de/weiterbildung

„Nie wieder!“ – Aber wie?

Zur (Nicht-)Bedeutung des Nationalsozialismus in der Rechtsextremismusprävention

Tagung des IDA-NRW in Kooperation mit der Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim) und dem Geschichtsort Villa ten Hompel

Termin: 12./13. Juli 2013

Ort: Villa ten Hompel Münster

Infos: IDA-NRW, Tel: 02 11 / 15 92 55-5

www.IDA-NRW.de

Anmeldung: mobim, Tel: 02 51 / 4 92 71 09

kontakt@mobim.info, www.mobim.info

Literatur und Materialien ...

... zum Thema Rechtsextremismus

Ackermann, Robert: Warum die NPD keinen Erfolg haben kann. Organisation, Programm und Kommunikation einer rechtsextremen Partei, Op-laden/Berlin/Toronto: Budrich UniPress, 2012

Ahlheim, Klaus (Hg.): Sarrazin und der Extremismus der Mitte. Empirische Analysen und pädagogische Reflexionen (Kritische Beiträge zur Bildungswissenschaft, Bd. 5), Hannover: Offizin, 2011

Ahlheim, Klaus: Rechtsextremismus – Ethnozentrismus – Politische Bildung (Kritische Beiträge zur Bildungswissenschaft, Bd. 8), Hannover: Offizin, 2013

Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D), 24. Jg. 2012, Baden-Baden: Nomos, 2012

Bathke, Peter/Hoffstadt, Anke (Hg.): Die neuen Rechten in Europa. Zwischen Neoliberalismus und Rassismus, Köln: PapyRossa, 2013

Boos, Bernadette/Engelmann, Reiner (Hg.): Einstieg rechts - Ausstieg ...? Texte zur Auseinander-

setzung mit rechter Gewalt, Karlsruhe: von Loeper Literaturverlag, 2012

Boos, Bernadette/Engelmann, Reiner (Hg.): Gewalt von Rechts! Analysen, Hintergründe, Handlungsmöglichkeiten (nicht nur) für Pädagogen, Karlsruhe: von Loeper Literaturverlag, 2012

Brandstetter, Marc: Die NPD unter Udo Voigt. Organisation. Ideologie. Strategie (Extremismus und Demokratie, Bd. 25), Baden-Baden: Nomos, 2013

Elverich, Gabi: Demokratische Schulentwicklung. Potenziale und Grenzen einer Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien, 2011

Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.): Rechtspopulismus in der Europäischen Union, Hamburg: VSA, 2012

Langebach, Martin/Raabe, Jan: RechtsRock und Rechter Terror (herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen), 2. ergänzte Aufl., Erfurt 2013

Waibel, Harry: Rassisten in Deutschland, Frankfurt a. M./Berlin/Bern u. a.: Peter Lang, 2012

Weber, Regina: Rechtsextremistinnen zwischen Kindererziehung und nationalem Kampfauftrag, Berlin: Metropol, 2012

... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Antirassismus

Ahlheim, Klaus/Mathes, Horst (Hg.): Utopie denken – Realität verändern. Bildungsarbeit in den Gewerkschaften (Kritische Beiträge zur Bildungswissenschaft, Bd. 4), Hannover: Offizin, 2011

Benbrahim, Karima im Auftrag des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit e. V. (IDA) (Hg.): Diversität bewusst wahrnehmen und mitdenken, aber wie? (Reader für Multiplikator_innen in der Jugend- und Bildungsarbeit), Düsseldorf 2012

Bundschuh, Stephan/Drücker, Ansgar/Jagusch, Birgit/Mai, Hanna im Auftrag des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit e. V. (IDA) (Hg.): Holzwege, Umwege, Auswege. Perspektiven auf Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit (Reader für MultiplikatorInnen in der Jugend- und Bildungsarbeit), 3. überarbeitete Aufl., Düsseldorf 2012

Bundschuh, Stephan/Jagusch, Birgit im Auftrag des Informations- und Dokumentationszentrums

für Antirassismusarbeit e. V. (IDA) (Hg.): Antirassismus und Social Justice. Materialien für Trainings mit Jugendlichen (Reader für MultiplikatorInnen in der Jugend- und Bildungsarbeit), 3. Aufl., Düsseldorf 2012

Dietze, Gabriele: Weiße Frauen in Bewegung. Genealogien und Konkurrenzen von Race- und Genderpolitiken (GenderCodes. Transkriptionen zwischen Wissen und Gesellschaft, Bd. 2), Bielefeld: transcript, 2013

Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) (Hg.): Tangram – Bulletin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus. Themenheft „Jenische, Sinti/Manouches und Roma in der Schweiz“, Nr. 30, Dezember 2012, Bern 2012

Günther, Meike: Der Feind hat viele Geschlechter. Antisemitische Bilder von Körpern. Intersektionalität und historisch-politische Bildung, Berlin: Metropol, 2012

Hafez, Kai: Freiheit, Gleichheit und Intoleranz. Der Islam in der liberalen Gesellschaft Deutschlands und Europas (X-Texte), Bielefeld: transcript, 2013

Heil, Johannes/Kramer, Stephan J. (Hg.): Beschneidung: Das Zeichen des Bundes in der Kritik. Zur Debatte um das Kölner Urteil, Berlin: Metropol, 2012

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V. (IDA) (Hg.): Was heißt eigentlich... Stolz? (Flyer), 2. Aufl., Düsseldorf 2013

Jikeli, Günther: Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen junger Muslime in Europa. Ergebnisse einer Studie unter jungen muslimischen Männern (Antisemitismus: Geschichte und Strukturen, Bd. 7), Essen: Klartext, 2012

Jürgens, Eiko/Miller, Susanne (Hg.): Ungleichheit in der Gesellschaft und Ungleichheit in der Schule. Eine interdisziplinäre Sicht auf Inklusions- und Exklusionsprozesse, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2013

Klein, Ansgar/Sprengel, Rainer/Neuling, Johanna (Hg.): Jahrbuch Engagementpolitik 2013. Staat und Zivilgesellschaft (Bundesnetzwerk Bürgerchaftliches Engagement (BBE): Engagement und Partizipation in Theorie und Praxis), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2013

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIGa e. V.) (Hg.): Bildung im Spannungsfeld von islamistischer Propaganda und Muslimfeindlichkeit – eine Workshopreihe mit Jugendlichen, Berlin 2012

Kronenberg, Volker: Patriotismus in Deutschland.

Perspektiven für eine weltoffene Nation, Wiesbaden: Springer VS, 3. überarbeitete u. aktualisierte Aufl., 2013

Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V. (Hg.): Stopp, so nicht! Über den Umgang mit rechtsextremen Äußerungen. Unterlagen für die Bildungsarbeit, Düsseldorf 2012

Seidenschnur, Tim: Antisemitismus im Kontext. Erkundungen in ethnisch heterogenen Jugendkulturen (Sozialtheorie), Bielefeld: transcript, 2013

Widersprüche e. V. (Hg.): Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. Themenheft: „Gekreuzt?!“ Intersektionalität & Soziale Arbeit, Ausgabe 126, 32. Jg., Dezember 2012, Münster: Westfälisches Dampfboot, 2012

Willis, Paul: Spaß am Widerstand. Learning to Labour, Hamburg: Argument, aktualisierte Neuauflage, 2013

Yousefi, Hamid Reza/Seubert, Harald (Hg.): Toleranz im Weltkontext. Geschichten – Erscheinungsformen – Neue Entwicklungen, Wiesbaden: Springer VS, 2013

... zum Thema NS-Vergangenheit

Frölich, Margrit/Jureit, Ulrike/Schneider, Christian (Hg.): Das Unbehagen an der Erinnerung – Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust, Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel, 2012

Kindler, Marie-Luise/Krebs, Luise/Wachsmuth, Iris u. a. (Hg.): „Das ist einfach unsere Geschichte“. Lebenswege der „zweiten Generation“ nach dem Nationalsozialismus, Gießen: Haland & Wirth im Psychosozial-Verlag, 2013

Ritscher, Wolf: Bildungsarbeit an den Orten nationalsozialistischen Terrors. „Erziehung nach, in und über Auschwitz hinaus“. Unter der Mitarbeit von Irene und Barbara Stuiber, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2013

Wilke, Karsten: Die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ (HIAG) 1950–1990. Veteranen der Waffen-SS in der Bundesrepublik, Paderborn/München/Wien u. a.: Ferdinand Schöningh, 2011

Zumpe, Helen Esther: Menschenrechtsbildung in der Gedenkstätte. Eine empirische Studie zur Bildungsarbeit in NS-Gedenkstätten, Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2012

... zum Thema Zuwanderung und Migration

Feldmann, Robert E./Seidler, Günter H. (Hg.): Traum(a) Migration. Aktuelle Konzepte zur Therapie traumatisierter Flüchtlinge und Folteropfer (Therapie & Beratung), Gießen: Psychosozial-Verlag, 2013

Oltmer, Jochen: Globale Migration. Geschichte und Gegenwart (Beck'sche Reihe Wissen), München: C. H. Beck, 2012

Pusch, Barbara (Hg.): Transnationale Migration am Beispiel Deutschland und Türkei, Wiesbaden: Springer VS, 2013

Siouti, Irini: Transnationale Biographien. Eine biographieanalytische Studie über Transmigrationsprozesse bei der Nachfolgeneration griechischer Arbeitsmigranten (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2013

Suhr, Marianne: Wir sind angekommen. Interviews mit Eingewanderten, Berlin: be.bra wissenschaft, 2013

... zu den Themen Migrationsgesellschaft und Migrationspädagogik

Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz – AGARP (Hg.): Kompetent vor Ort. Tipps und Hilfen für eine erfolgreiche Arbeit der Beiräte für Migration und Integration (inkl. Begleit-CD-ROM), Mainz 2012

Ariëns, Elke/Richter, Emanuel/Sicking, Manfred (Hg.): Multikulturalität in Europa. Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft (Europäische Horizonte), Bielefeld: transcript, 2013

Baur, Christine: Schule, Stadtteil, Bildungschancen. Wie ethnische und soziale Segregation Schüler/-innen mit Migrationshintergrund benachteiligt (Pädagogik), Bielefeld: transcript, 2013

Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) (Hg.): POLIS. Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung. Schwerpunkt „Politische Bildung mit jungen Migrantinnen und Migranten“, 16. Jg., Heft 4/2012, Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2012

Goel, Urmila/Punnampambal, Jose/Punnampambal-Wolf, Nisa (Hg.): InderKinder. Über das Aufwachsen und Leben in Deutschland, Heidelberg: Draupadi, 2012

Haas, Benjamin: Ambivalenz der Gegenseitigkeit. Reziprozitätsformen des weltwärts-Freiwilligendienstes im Spiegel der Postkolonialen Theorie

(Interdisziplinäre Studien zu Freiwilligendiensten, Bd. 2), Köln: Kölner Wissenschaftsverlag, 2013

Hartung, Regine/Nöllenburg, Katty/Deveci, Özlem (Hg.): Interkulturelles Lernen. Ein Praxisbuch (Debus Pädagogik), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2013

Nagel, Alexander-Kenneth (Hg.): Diesseits der Parallelgesellschaft. Neuere Studien zu religiösen Migrantengemeinden in Deutschland (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2013

Pries, Ludger (Hg.): Zusammenhalt durch Vielfalt? Bindungskräfte der Vergesellschaftung im 21. Jahrhundert, Wiesbaden: Springer VS, 2013

Röben, Bärbel: Medienethik und die „Anderen“. Multiperspektivität als neue Schlüsselkompetenz, Wiesbaden: Springer VS, 2013

Scharrer, Katharina/Schneider, Sibylle/Stein, Margit (Hg.): Übergänge von der Schule in Ausbildung und Beruf bei jugendlichen Migrantinnen und Migranten. Herausforderungen und Chancen, Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt, 2012

Schirilla, Nausikaa: Multikulti. Herausforderung gesellschaftliche Vielfalt (Centaurus Paper Apps, Bd. 21), Freiburg i. B.: Centaurus, 2012

Spatscheck, Christian/Wagenblass, Sabine (Hg.): Bildung, Teilhabe und Gerechtigkeit. Gesellschaftliche Herausforderungen und Zugänge Sozialer Arbeit, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2013

Verband binationaler Familien und Partnerschaften (Hg.): Binationaler Alltag in Deutschland. Ratgeber für Ausländerrecht und Internationales Familienrecht, Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel, 8. aktualisierte u. vollständig überarbeitete Aufl., 2012

Verband binationaler Familien und Partnerschaften (Hg.): Psychologische Beratung bikultureller Paare und Familien. Anforderungen, Kompetenzen, Methoden, Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel, 2012

Widmaier, Benedikt/Nonnenmacher, Frank (Hg.): Unter erschwerten Bedingungen. Politische Bildung mit bildungsfernen Zielgruppen (Non-formale Bildung), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2012

... zu den Themen Jugendarbeit und Jugendhilfe

Mansel, Jürgen/Speck, Karsten (Hg.): Jugend und Arbeit. Empirische Bestandsaufnahme und Analysen (Jugendforschung), Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2012

Stiftung Mitarbeit (Hg.): Wie Stiftungen fördern. Anregungen aus der Praxis für die Praxis (Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen, Nr. 43), Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit, 2012

Werner, Stefan: Trainingshandbuch Konfliktmanagement. Konflikte in Schule und sozialer Arbeit angemessen lösen (Pädagogisches Training), Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2013